



Parlamentarischer Kommissionsdienst

Protokoll

Sitzung	vorberatende Kommission (28.18.01) «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahres- programm der Standortförderung für die Jahre 2019 bis 2022»	Gerda Göbel-Keller Geschäftsführerin Staatskanzlei Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 75 90 Gerda.Goebel-keller@sg.ch
Termin	Donnerstag, 17. Mai 2018 10.00 bis 17.00 Uhr	
Ort	IHK, Gallusstrasse 16, 9000 St.Gallen	

St.Gallen, 31. Mai 2018

Kommissionspräsident

Michael Götte-Tübach

Teilnehmende

Kommissionsmitglieder

SVP	Mike Egger-Berneck, Technischer Kaufmann mit FA
SVP	Walter Freund-Eichberg, Meisterlandwirt
SVP	Michael Götte-Tübach, Gemeindepräsident, <i>Kommissionspräsident</i>
SVP	Christof Hartmann-Walenstadt, Bankangestellter
SVP	Mäge Luterbacher-Steinach, Geschäftsführer
CVP-GLP	Christoph Bärlocher-Eggersriet, Bauunternehmer
CVP-GLP	Ernst Dobler-Oberuzwil, Unternehmer
CVP-GLP	Barbara Dürr-Gams, Bäuerin
CVP-GLP	Erich Zoller-Quarten, Gemeindepräsident (<i>bis 16.00 Uhr</i>)
SP-GRÜ	Daniel Gut-Buchs, Stadtpräsident
SP-GRÜ	Peter Hartmann-Flawil, Gewerkschaftssekretär
SP-GRÜ	Basil Oberholzer-St.Gallen, Ökonom
FDP	Alexander Bartl-Widnau, Rechtsanwalt
FDP	Kilian Looser-Nesslau, Gemeindepräsident
FDP	Isabel Schorer-St.Gallen, Leiterin Standortförderung

Von Seiten des Volkswirtschaftsdepartementes

- Regierungsrat Bruno Damann, Vorsteher
- Gildo Da Ros, Generalsekretär
- Daniel Müller, Leiter Hauptabteilung Standortförderung, Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Monika Beck, Leiterin Fachstelle Innovation, Amt für Wirtschaft und Arbeit

Weitere Teilnehmende

- Thomas Kirchhofer, Leiter St.Gallen-Bodensee Tourismus, (10.00-11.20 Uhr)
- Prof. Dr. Gian-Luca Bona, Direktor EMPA (15.50-16.50 Uhr)

Geschäftsführung / Protokoll

- Gerda Göbel-Keller, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Matthias Renn, stellvertretender Geschäftsführer, Parlamentsdienste

Inhaltsverzeichnis

1	Begrüssung und Information	3
2	Ist-Zustand (Rückblick und Überblick über das Standortförderungsprogramm 2015-2018)	4
2.1	Präsentation Regierungsrat Damann	4
2.1.1	Schwerpunkt Metropolitanraum	4
2.1.2	Schwerpunkt Optimierung der Tourismusstrukturen	4
2.2	Gastreferat zum Tourismus im Kanton St.Gallen	4
2.3	Fragen zum Tourismus im Kanton St.Gallen:	6
2.4	Fragen zum Metropolitanraum:	12
2.5	Gastreferat zum Netzwerk ETH / Ostschweiz	14
3	Einführung und Vorstellung der Vorlage (Inhalt gemäss Botschaft)	14
4	Allgemeine Diskussion	16
5	Spezialdiskussion	21
5.1	Beratung Botschaft	21
2.5	Einschub: Gastreferat Netzwerk ETH / Ostschweiz	44
2.6	Einschub: Fragen zum Netzwerk ETH / Ostschweiz:	45
5.2	Beratung Beschluss	51
5.3	Aufträge	51
5.4	Rückkommen	51
6	Gesamtabstimmung	51
7	Abschluss der Sitzung	51
7.1	Bestimmung der Berichterstatterin/des Berichterstatters	51
7.2	Medienorientierung	51
7.3	Verschiedenes	52

1 Begrüssung und Information

Götte-Tübach, Präsident der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen:

- Regierungsrat Bruno Damann, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes
- Gildo Da Ros, Generalsekretär des Volkswirtschaftsdepartementes
- Daniel Müller, Leiter Hauptabteilung Standortförderung, Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Monika Beck, Leiterin Fachstelle Innovation, Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Thomas Kirchhofer, Leiter St.Gallen-Bodensee Tourismus, (für Traktandum 2b, Prot. Ziff. 2.2)
- Gerda Göbel-Keller, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Matthias Renn, stellvertretender Geschäftsführer, Parlamentsdienste

Am späteren Nachmittag wird als Sachverständiger dazu stossen:

- Prof. Dr. Gian-Luca Bona, Direktor EMPA (für Traktandum 2b, Prot. Ziff. 2.5)

Seit der Kommissionsbestellung in der Aprilsession 2018 nahm der Kantonsratspräsident folgende Ersatzwahl in die vorberatende Kommission vor: Luterbacher-Steinachanstelle von Bonderer-Sargans. Ich stelle fest, dass die vorberatende Kommission beratungsfähig ist.

Wir behandeln Botschaft und Entwurf der Regierung «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2019 bis 2022» vom 13. März 2018. Die Präsentationen von Regierungsrat Damann und Thomas Kirchhofer werden der vorberatenden Kommission als Handout verteilt. Die Präsentation Dr. Gian-Luca Bona wird mit dem Protokoll nachgereicht.

Ich weise ich darauf hin, dass die Beratung elektronisch aufgezeichnet wird, was der Geschäftsführung die Fertigstellung des Protokolls erleichtert. Deshalb bitte ich Sie, nur zu sprechen, wenn ich Ihnen mit Ihrem politischen Namen das Wort erteile. Die Geschäftsführung dankt für die Abgabe der Manuskripte, insbesondere zur allgemeinen Diskussion. Für das Protokoll gilt das gesprochene Wort. Sowohl die Kommissionsberatungen nach Art. 59 des Geschäftsreglements des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt GeschKR) als auch das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 GeschKR sind vertraulich. Erst mit der Rechtsgültigkeit rechtsetzender Erlasse, nach Ablauf der Referendumsfrist, entfällt die Vertraulichkeit.

Zu Beginn der Sitzung erhält die vorberatende Kommission einen Rückblick und Überblick über den Ist-Zustand der Standortförderung. Zunächst wird Regierungsrat Damann über die Aufträge aus dem letzten Standortförderungsprogramm 2015-2018 und den Stand der Umsetzung berichten, insbesondere bei den Schwerpunktthemen «Metropolitanraum» und «Tourismus». Danach referiert der Leiter St.Gallen-Bodensee Tourismus zum Thema «Strukturen St.Gallen-Bodensee-Tourismus». Später erhält die Kommission eine Einführung in die Vorlage durch Regierungsrat Damann. Im Anschluss daran führt sie eine allgemeine Diskussion anstelle einer Eintretensdiskussion über die Vorlage mit einleitenden Bemerkungen des zuständigen Regierungsrates. Anschliessend führt die vorberatende Kommission die Spezialdiskussion sowie die Gesamtabstimmung durch. Der zweite Gastreferent wird am späteren Nachmittag dazu stossen. Wir unterbrechen für das Referat die Spezialdiskussion. Beide Gastreferenten verlassen die Sitzung jeweils gleich nach dem Referat. Fragen sind deshalb direkt im Anschluss an die Referate zu stellen.

2 Ist-Zustand (Rückblick und Überblick über das Standortförderungsprogramm 2015-2018)

2.1 Präsentation Regierungsrat Damann

Regierungsrat Damann, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes (VD), berichtet einleitend über die Aufträge, die Entwicklung und den Stand der Umsetzung der Schwerpunkte aus dem laufenden Standortförderungsprogramm 2015-2018 (Präsentation Damann 1). Da die Präsentation selbsterklärend ist, werden ins Protokoll lediglich die ergänzenden Informationen aufgenommen.

2.1.1 Schwerpunkt Metropolitanraum

Regierungsrat Damann: Vgl. Folien 3-7.

2.1.2 Schwerpunkt Optimierung der Tourismusstrukturen

Regierungsrat Damann: Vgl. Folien 8-11.

(Zu Folie 10, Entwicklung) Die Nachbarkantone Appenzell Innerrhoden und Thurgau hatten kein Interesse. Appenzell Ausserrhoden stieg später aus. Das Projekt war damit im luftleeren Raum. Deshalb haben wir zusammen mit den vier Tourismusregionen im Kanton ein neues Projekt gestartet. Mittlerweile ist der Thurgau doch eher interessiert.

(Zu Folie 11, Ist) Geplant ist die Erarbeitung einer gesamtkantonalen Tourismusstrategie. Unser Ziel ist, nur noch eine Leistungsvereinbarung über eine längere Phase abzuschliessen, u.z. mit dem Tourismusrat. Die Umsetzung soll per 1. Januar 2019 erfolgen. Mit der neuen Strategie soll eine wirkungsorientierte Steuerung und Aufsicht möglich werden.

2.2 Gastreferat zum Tourismus im Kanton St.Gallen

Kommissionpräsident: Ich habe in Absprache mit einzelnen Kommissionsmitgliedern zum Thema Tourismus bewusst einen erfahrenen Praktiker eingeladen. Thomas Kirchhofer ist seit neun Monaten Leiter von St.Gallen-Bodensee-Tourismus, einer der grössten Tourismusdestinationen im Kanton. Vorher war er Tourismuschef im Engadin und an der Schiweltmeisterschaft.

Thomas Kirchhofer, Leiter St.Gallen-Bodensee Tourismus: (Präsentation Kirchhofer, Folien 1-17) Ich möchte keine konträren Diskussionen auslösen, sondern zeigen, dass das Thema Tourismus im Kanton St.Gallen auf gutem Weg ist. Gleichzeitig möchte ich allgemeine Wünsche aus der Optik eines Touristikers (nicht St.Gallen Bodensee Tourismus) äussern. Vor zwanzig Jahren haben Thomas Bieger und Christian Lässer ein Buch geschrieben «Neue Strukturen im Tourismus». Damals habe ich in St. Moritz gearbeitet. Dort haben wir gemerkt, was es bedeutet, aus vielen Tourismusorganisationen eine marktfähige Struktur zu schaffen. Auch die Ostschweiz hatte damals ihre Strukturen überarbeitet.

(Zu Folie 3, Der Tourismus im Kanton St.Gallen) Es braucht ein Spielfeld und eine Mannschaft, um erfolgreich zu sein.

(Zu Folie 5, Ausgangslage im schweizweiten Vergleich) Schweizweit sind die Logiernächte in der Ostschweiz unterdurchschnittlich. Aber stets wird hohes Potenzial attestiert. Also was machen wir

falsch? Der Trend geht hin zum Städtetourismus, aber auch zum Freizeittourismus ausserhalb der Städte in den Regionen.

(Zu Folie 6, Destinationssystematik von Finanzierungsströmen geprägt) Die Finanzierungsströme der Tourismusdestinationen sind heute geprägt von Leistungsaufträgen der Kantone. Das macht Sinn im Kanton Thurgau, aber nicht im Kanton St.Gallen. St.Gallen-Bodensee Tourismus ist sehr nah an touristischen Angeboten in den Nachbarkantonen (z.B. Waldegg, Teufen, Schaukäserei Stein), die wir grenzüberschreitend mit vermarkten müssen. Auch das Toggenburg oder das Resort Bad Ragaz sind bezogen auf internationales Marketing sehr nah.

(Zu Folie 7, Handlungsfelder im Gesamtsystem) Die Kooperationsbereitschaft ist da, aber das System bzw. die Struktur für eine Zusammenarbeit fehlt noch. (Stabilisierung der Destinationsstrukturen) So zahlt beispielsweise ein Hotel in Rorschacherberg keine Gasttaxen, weil dort eine kommunale Rechtsgrundlage dafür fehlt. In Gebieten wie dem Fürstenland und dem Werdenberg müssen zuerst die Strukturen stabilisiert werden. (Rolle TSO AG) Zentral ist die Rolle von «Ostschweiz Tourismus». (Zusammenarbeit mit Standortförderung Kanton, Stadt) Wir haben mit den Verantwortlichen einen sehr guten Konsens und konzilianter Austausch. (Markenmanagement) Bestehende Markennamen (z.B. Heidiland, Toggenburg, St.Gallen Bodensee) dürfen nicht geändert werden. aber es braucht einen Unterbau, damit diese Marken strahlen können Somit gilt es, Synergien zu nutzen und Destinationsstrukturen zu stabilisieren, damit auch ein schlagkräftiges Marketing betrieben werden kann.

(Zu Folie 8, Gesamtsystem Tourismus im Kanton St.Gallen) Inhaltlich ist bereits viel vorhanden. So könnten u.a. bereits bestehende Berichte und Papiere zur Tourismusstrategie Ostschweiz bzw. im Kanton St.Gallen verwendet werden.

(Zu Folie 9 ff., Lösungsansätze) Als Touristiker wünsche ich mir bei der Umsetzung des Konzepts noch mehr. Zunächst ist es wichtig, transparent zu machen, wer wie mitwirken kann bzw. Anträge stellen darf. *(Folie 10)* Die Destinationen brauchen rasch Klarheit. *(Folie 11)* Eine vertrauensbildende Massnahme wäre es, die Zuständigkeiten festzulegen. Ein gutes Vorbild ist die Website des Amtes für Wirtschaft und Arbeit im Kanton Graubünden. *(Folie 12)* Eine schlagkräftige Massnahme, die einfach zu realisieren ist, wäre eine Service- und Koordinationsdrehscheibe. Es braucht ein Gremium, dass die Interessenvertretung gesamtschweizerisch wahrnimmt (z.B. gegenüber dem Staatssekretariat für Wirtschaft des Bundes, dem Schweizerischen Tourismusverband, der Regionaldirektorenkonferenz, usw.). Die Ostschweiz wird aus nationaler Sicht als Tourismusregion bisher nicht wahrgenommen. Vorhandenes Wissen, bestehende Daten und Ressourcen in der Ostschweiz müssten gebündelt, Kampagnen und Massnahmen koordiniert werden. Im Jahresbericht 2017 von Ostschweiz Tourismus steht, das werde gemacht. Mit Null Stellenprozenten erscheint mir die Umsetzung aber kaum möglich. Die Plattform Ostschweiz Tourismus gehört verschiedenen Kantonen. Ich schlage vor, ihr für St.Gallen das Mandat zu erteilen, die Plattform für die Bedürfnisse unseres Kantons optimal umzugestalten. Das wird auch den anderen beteiligten Kantonen Appetit auf Mehr machen.

(Folie 13, Digitale Service und Koordinationsdrehscheibe). Die Tourismus Services Ostschweiz AG (TSO AG) bietet allen Tourismusregionen in der Ostschweiz digitale touristische Systeme an (shared services), die diese für ihre Arbeit nutzen. Es ist dafür zu sorgen, dass sie ihre personelle Leistungsfähigkeit behält, weil sie nur so den steigenden Anforderungen gerecht werden kann.

Die TSO AG muss in die neue Struktur ab 2019 eingebettet werden, allerdings nicht finanziell. Zuständig ist die neue Organisation mit den entsprechenden Gremien (z.B. Tourismusrat).

(Folie 15, *heutige Tourismusstrukturen plädieren...*) Das waren meine Überlegungen und Wünsche als Praktiker. Ich war nicht nur im Tourismus im Engadin tätig, sondern auch als Chef von «Interhome Schweiz» zuständig für 10 wichtige Schweizer Destinationen. Die Ostschweiz ist weit hinten unterwegs und hat viel Aufholbedarf. Wir müssen uns jetzt wirklich bewegen.

2.3 Fragen zum Tourismus im Kanton St.Gallen:

Zoller-Quarten: Ich habe eine Frage zur Folie 15. Hier steht: «Heutige Tourismusstrukturen plädieren für einen Ansatz, der sich mehr am Markt ausrichtet, indem der Destinationsraum anhand der Gäste und der von ihnen produzierten Reiseströme definiert wird». In allen Überlegungen wurde von den Nachbarkantonen Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau gesprochen. Das Sarganserland grenzt an den Kanton Graubünden. Gibt es dort keine gemeinsamen Reiseströme?

Thomas Kirchhofer: Das Sarganserland ist eine spezielle Situation. Ich sehe es aus der Perspektive St.Gallen Bodensee Tourismus. Wir müssen so denken, wie der Gast denkt. Wenn ein Gast ins Sarganserland will, dann besucht er entweder die Flumserberge oder Bad Ragaz, eine ganz andere Tourismusart. Vielleicht reist er auch noch in die Bündner Herrschaft. Also ist das schon grenz- und kantonsüberschreitend. Das würde die ganze Diskussion komplizieren. Es geht nicht darum, einen Subraum zu schaffen, sondern darum, für den Kanton St.Gallen eine homogene Situation zu bekommen. Wenn ein Gast sich nach St.Gallen begibt, geschieht dies primär aus dem Trend «Städtetourismus». Er wird das Umland und die Destination ergründen und konsumieren. In unserem speziellen Fall ist es so, dass die Grenzen sehr nahe sind. Die Marketingaufgabe ist wie in Luzern oder Zürich, aber ohne dieselben Mittel. Ich muss einen Raum bespielen, welcher viel grösser ist. Die Räume sind grenzüberschreitend. Das heisst für das Sarganserland, es muss erklärt werden, dass es sich um eine Zieldestination handelt für Ski, Wellness oder Bike, allenfalls auch für eine Weindegustation in der Bündner Herrschaft.

Schorer-St.Gallen: Der Tourismusrat ist immer wieder ein Thema. Ich kann mir darunter nichts Genaues vorstellen. Welche Funktion, Verantwortungen und Kompetenzen hat er?

Thomas Kirchhofer: Gerne würde ich die Frage von Regierungsrat Damann beantworten lassen. Aus meiner Sicht ist die Situation die: Im Tourismuskonto liegen 3 Mio. Franken. Bislang wurden sie aufgrund der Leistungsvereinbarungen durch drei Personen im kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) verteilt. Neu ist vorgesehen, dass mehr Personen, vielleicht sechs oder sieben, die näher an der Branche sind, die Entscheidung fällen, wie viel welche Destination bekommt. Diesen Personen wird attestiert, dass sie die Verteilung untereinander besser ausnivellieren können. Das ist die Grundidee. Die Kompetenzen werden über eine Leistungsvereinbarung geregelt. Diese ist vom Kanton fix so definiert mit dem sogenannten Tourismuskonto. Die Konstituierung des Tourismusrates ist eine Herausforderung. Wer soll dabei sein und welche Branchen? Einerseits ist der Wunsch, dass der Rat so klein wie möglich ist, andererseits muss eine breite Abstützung vorhanden sein, um die touristischen Angebote im Kanton zu kennen.

Kommissionspräsident: Es ist richtig, dass das Wort auch noch an Regierungsrat Dammann geht. Das Tourismuskonzept ist die Konsequenz dessen, was wir vor vier Jahren verlangt haben. Es ist heute wichtig und richtig, dass wir uns darüber unterhalten. Unterdessen hat sich die Finanzkommission (Fiko) zum Thema Tourismus geäußert. Sie sagte, wenn sich binnen eines Jahres nichts ändere, werde das Fallbeil benutzt. Auch die Staatswirtschaftliche Kommission hat sich des Themas angenommen. Wenn wir heute hören, dass der Ansatz richtig oder falsch ist, können wir reagieren. Per 1. Januar 2019 muss das Konzept umgesetzt werden.

Regierungsrat Damann: Der Tourismusrat ist noch nicht genau definiert. Für uns ist ganz klar, Vertreter der Destinationsmanagement- bzw. Destinationsmarketingorganisationen (DMO), Leistungsträger und Branchen müssen enthalten sein. Der Tourismusrat braucht eine gewisse Breite und hat sehr viele Kompetenzen. Mit der neuen Organisation, vertreten durch den Tourismusrat, schliessen wir die Leistungsvereinbarung ab. Diese beinhaltet, dass der Tourismusrat das Geld bekommt und es verteilt, sowohl für Grundleistungen, wie auch um die DMO zu führen, aber auch für Projekte. Projekte müssten übergreifend gemacht werden. Es gibt auch solche, die eine Destination alleine macht. Z.B. vermarktet St.Gallen Bodensee Tourismus das Kloster. Biken kann man beispielsweise im Sarganserland und im Toggenburg. Es macht keinen Sinn, dass jede Destination dasselbe Thema aufnimmt. Es soll jeweils eine Destination den «Lead» haben. Die anderen Destinationen sollen davon profitieren können. Das ist die Idee.

Kommissionspräsident: Über den Geschäftstourismus (Meeting Incentives Conventions Exhibitions, abgekürzt MICE) hat die Kommission vor vier Jahren schon diskutiert.

Hartmann-Flawil: Die Konturen des Gebildes «Tourismusrat» sind für mich überhaupt nicht scharf. Wie es sich entwickelt, ist für mich auch nicht ganz klar. Es gibt zwei Möglichkeiten. Die negative ist, dass die Zusammenarbeit in den DMO nur so weit geht, die Gelder zu sichern. Das ist Auftrag des Kantonsrates. Die Zusammenarbeit wird wie bisher ganz minim sein. Jedes DMO wird selber «weiterwursteln». Wir haben keine weitere Entwicklung in dem Sinn, dass man konzentriert auf gewisse Themen und Bereiche zugeht und Stärken stärkt und die Innovation fördert. Ich mit meiner Erfahrung in diesem Bereich meine, dass diese negative Variante wahrscheinlicher ist. Der zweite und positive Ansatz ist, dass klar gesagt wird, die Steuerung soll via Aktivitäten und gemeinsame Plattformen geschehen, und die Innovation in den Vordergrund gestellt wird. Wenn wir das nicht machen und nicht eine Form schaffen können, die zentral ist, aber doch in allen Regionen angewendet werden kann, sind wir in vier Jahren wieder am gleichen Ort. Ich bin nicht sicher, ob das erreicht wird. Ich denke, dass die Förderung einzelner Bereiche davon abhängt, was diese anbieten können. Man kann viel Geld einsetzen für etwas, das heruntergewirtschaftet ist. Dies kann man nicht mehr «hochwirtschaften», wenn das Angebot gleichbleibt. Das ist mir ein Anliegen und das ist überhaupt nicht scharf ersichtlich für mich. Da ist alles in Watte oder im Nebel und müsste erklärt werden. Meine konkrete Frage an Thomas Kirchhofer. Was haben Sie uns zur TSO AG sagen wollen? Ist das gut oder nicht? Muss da mehr gemacht werden? Muss diese Organisation weiter gestärkt werden?

Kommissionspräsident: Ich bitte Thomas Kirchhofer, etwas zur Wahrscheinlichkeitsbeurteilung von Hartmann-Flawil zu sagen. Kirchhofer ist in den Prozess hineingekommen, hat ihn nicht forciert und muss jetzt damit leben.

Thomas Kirchhofer: Ich möchte die skeptische Betrachtungsweise klar widerlegen. Auf Folie 12 finden Sie unter dem Stichwort «Service- und Koordinationsdrehscheibe», was Sie suchen und

wünschen. Es geht nun darum, das, was dort steht, auch zu tun. Dort sind die heutigen Stärken und Schwächen sowie der Lösungsansatz aufgelistet. Die grossen Destinationen müssen koordinieren, wer wo was in welchem Segment macht. Es ist eine Riesenchance, wenn wir bei Synergiethemen miteinander an einen Tisch sitzen. Als Fachmann muss ich dringend davon abraten, die Organisationen unter ein Dach zu stellen. Das geht in der Situation, wie sie in der Ostschweiz besteht, nicht. Wir brauchen aber einen gemeinsamen Unterbau, eine gemeinsame Steuerung. Auf dem Weg dazu sind wir fast schon auf der Türschwelle.

Zur zweiten Frage, was ich mit dem TSO sagen will. Meine Botschaft ist ganz klar. Wenn schon drei grosse Destinationen im Kanton St.Gallen mit der TSO AG zusammenarbeiten, dann müssen diese drei auch dafür sorgen, dass dort genug Knowhow und genügend Ressourcen vorhanden sind und sie weiterhin sauber bedient werden. Das können Sie nur sicherstellen indem Sie dort mitreden. Die TSO AG ist heute eine in sich eigene AG innerhalb des Gebildes Ostschweiz Tourismus. Dies ist dann kein zukunftsträchtiges Gebilde, wenn der Markt zu spielen beginnt und die TSO AG sich nach den Marktverhältnissen weiterentwickelt. Ich muss Ihnen aber sagen, dass wir im Tourismus mit derart beschränkten Mitteln unterwegs sind, dass wir uns auch bei ungutem Gefühl nicht von einer Lösung verabschieden können. Wir haben die Mittel und Ressourcen nicht. Wir brauchen die TSO AG.

Kommissionspräsident: Die TSO AG ist aus Ostschweiz Tourismus entstanden, heute selbständig und macht die entsprechenden Dienstleistungen auch für andere Destinationen.

Thomas Kirchhofer: Das ist korrekt. Sie arbeiten sehr erfolgreich für Zermatt. Das ist gut und schön, dann können sie etwas. Ich will jedoch ihre Leistung im Wesentlichen für uns haben. Dafür müssen wir kämpfen.

Gildo Da Ros: Die Aktionäre der TSO AG bzw. Ostschweiz Tourismus sind u.a. die DMO. Andere Kantone sind auch dabei. Der Verwaltungsrat ist mit deren Präsidenten bestückt. Die Struktur ist heute die richtige. Diese wollten wir schon vor vier bis fünf Jahren so haben. Es hat damals nicht funktioniert, da alle verschiedene Interessen hatten. Zum Teil haben uns die DMO und Tourismus Ostschweiz dieselben Projekte zur Finanzierung vorgelegt. Der Hebel war der, dass 2016 beim Tourismus Ostschweiz der Geldhahn geschlossen wurde. Dass der Tourismus Ostschweiz sich zusammenraufen muss, ist die Idee des gemeinsamen Tourismusrates. Wir geben das Geld und sie müssen selber entscheiden, wie die Mittel sinnvoll verteilt werden. Sie sind nicht üppig ausgestattet. Das gibt den nötigen Druck. Die Idee entstand bereits Ende der 90er Jahre mit dem «Von Trott Bericht»¹. Den kennen eventuelle Einzelne noch. Sie wurde damals nicht umgesetzt, weil die einzelnen Kantone und die DMO Präsidenten sich nicht zusammengerauft haben.

Kommissionspräsident: In diesem Zusammenhang wurde erwähnt, eine gemeinsame Plattform zu machen. Wer ist dort der Träger? Wer soll die Plattform betreiben? Die Standortförderung oder irgendwo sonst beim Kanton?

Thomas Kirchhofer: Die Idee ist aus meiner Sicht so. Wir haben den Ostschweiz Tourismus getragen von allen DMO über kantonale Grenzen hinaus. Die Gefahr ist jetzt, dass die Organisation verschwindet. Meine Überlegung ist, sie würde sich als Plattform sehr gut eignen. Wenn wir

¹ Expertenbericht Tourismus von Jan von Trott im Auftrag der St.Galler Regierung 2010.

St.Galler sagen, beginnt mit der Grundsupportleistung für unseren Kanton, dann werden die anderen Kantone bald feststellen, dass ein Nutzen auch für sie besteht. Dass die Organisation für alle Regionen, Toggenburg, Heudiland etc. Statistiken sauber aufbereiten kann. Das ist nicht primär der Job des Amtes. Dieses macht seine Aufgabe gut. Wir Touristiker aber brauchen mehr. Wir brauchen regionale Unterschiede und die muss jemand erarbeiten. Wir brauchen Tagesausgaben der Tages- oder Übernachtungsgäste. Das macht dann die Supportfirma. Dann haben wir endlich Wertschöpfungsdaten, also Tourismusdaten, die für eine Marktbearbeitung nötig sind. Ostschweiz Tourismus würde das anbieten, vorausgesetzt die Trägerorganisation akzeptieren es und wir erteilen ein Mandat, einen klaren Auftrag für den Kanton St.Gallen. Ich versichere Ihnen, die anderen Kantone werden feststellen, dass sie profitieren können und mit einsteigen.

Egger-Berneck: Wenn ich das Gesamtsystem des Tourismus ansehe, fällt mir beim dritten Punkt auf, dass es ganz viele bestehende Organisationen gibt. Wieso kann man diese nicht zu einer Organisation zusammenlegen und diese bedient direkt die verschiedenen Projekte wie z.B. Bergbahnen Flums oder die Pizolbahnen? Würde das nicht mehr Dynamik in die ganzen Prozesse hineinbringen und diese beschleunigen?

Thomas Kirchhofer: Das ist quasi das oberste Ziel. Ein Beispiel haben Sie in den Unterlagen. Das Südtirol ist seit 2001 mit der Idee unterwegs und hat diesen Gesamtausbauschnitt, den Sie aufzeigen, erst seit 1. Januar 2018 realisiert. Das ist genau das, was den Druck gibt. Alles unter ein Dach, eine Firma, Synergien nutzen. Das können wir hier nicht realisieren. Deshalb nochmals: Mit dem «Prozess Südtirol» kann begonnen werden. Vielleicht wächst das aus dem Unterbau heraus. Lieber zuerst die kleinen Schritte gehen.

Dürr-Gams: Ich habe eine Frage zur Skizze auf Folie 6. Sie schreiben dort, dass St.Gallen-Bodensee Tourismus sich als Hub positioniert und sich auch in Rorschach, am Bodensee, im Fürstentum und um die Leuchtturmangebote kümmert. Werdenberg ist noch ein weisser Fleck. Wie würden Sie das zuordnen?

Regierungsrat Damann: Die weissen Flecke müssen irgendwo untergebracht werden. Das ist nicht primär die wichtigste Aufgabe. Wir müssen eine saubere Organisation machen. Wie es Hartmann-Flawil gesagt hat, es ist noch etwas nebulös und noch nicht ganz alles im Detail klar. Wir arbeiten intensiv daran. Ich bin überzeugt, dass aus dem verschwommenen Bild ein scharfes Bild entsteht. Es muss ein scharfes Bild geben. Erst dann schauen wir, wo die Regionen, die noch als weisser Fleck figurieren, wie auch Fürstentum / Wil, hingehören. Es ist jetzt zu früh, zu beantworten, wohin die Regionen kommen. Am Schluss sollte es keine weissen Flecken mehr geben.

Thomas Kirchhofer: Ich möchte aus meiner Sicht aufzeigen, wie wir arbeiten. Das Chocolarium von Maestrani liegt in Flawil und ist ein Leistungsträger der Umgebung. St.Gallen-Bodensee Tourismus ist mit ihm in Kontakt. Ich kenne den weissen Fleck Fürstentum nicht. Ich arbeite flächendeckend. Wil will mit uns gehen und nicht mit dem Toggenburg. Das ist mein Destinationsraum. Wegen fehlender Ressourcen muss das gebündelt werden. Werdenberg ist ein anderes Thema.

Gut-Buchs: Ich bin von Werdenberg. Wir haben ein Marketing Liechtenstein ganz in der Nähe. Dort gibt es auch Touristen. Dort gibt es auch einen weissen Fleck, der eigentlich keiner ist. Ich habe aus den heutigen Präsentationen, einen gewissen Paradigmenwechsel herausgehört. Dazu

möchte ich jetzt bereits sagen, wenn dem so wäre, würde ich diesen als gut befinden. Heute orientiert sich die Tourismusförderung bzw. die Unterstützung der DMO's mehr oder weniger regionalpolitisch. Es gibt wenig Geld. Dieses wird ineffizient in Strukturen investiert, von denen wir alle wissen, dass sie schwierig sind. Den Paradigmenwechsel sehe ich darin, dass man sich am Potenzial ausrichten will, resp. an bereits vorhandenen grossen Strömungen und erfolgreichen Destinationen innerhalb des Kantons. Mit Werdenberg als weissem Fleck kann ich momentan sehr gut leben. Wir haben stärkere Destinationen. Haben wir das politische Rückgrat, zuzulassen, dass die heute schwächeren Destinationen mit der neuen Zuordnung von Geldern und Ressourcen unterproportional und die stärkeren Destinationen überproportional partizipieren können? Der Tourismusrat hat wahrscheinlich eine gewisse politische Unabhängigkeit. Es ist klar, dass die Verlierer im Vergleich zum Status quo wahrscheinlich politisch ziemlich rasch aktiv werden. Wir müssen hier keine Destinationen nennen. Ist es so gedacht, dass Stärken gefördert werden in Zukunft und dass jene, die heute bereits etwas schwächer sind, mehr für sich tun müssten?

Regierungsrat Damann: Sicher, das hast du völlig richtig festgestellt. Das ist unsere Idee. Es soll jedoch auch so sein, dass die Schwächeren von den Stärkeren profitieren können. Es ist nicht so, dass gewisse Gebiete abgehängt werden und dort nichts mehr gemacht wird. Wir sagen, wenn wir an einem Ort stark sind, kann der Schwächere mit profitieren. Sinnbildlich gesprochen: zwei Kranke zusammentun ergibt keinen Gesunden, aber zwei Gesunde zusammentun kann einen noch Gesunderen ergeben. Wir haben wenig Geld und dieses muss so gebündelt werden, dass auch der Schwächere von den Starken profitieren kann.

Gut-Buchs: Aber erst am Schluss. Zuerst wird man die Stärken fördern in der Hoffnung, dass sie die Schwächeren mitziehen. Habe ich das richtig verstanden?

Hartmann-Flawil: Wenn ich es richtig verstanden habe, haben wir diesen Topf und der wird aufgeteilt auf die DMO's. Ich glaube, das zukünftige Modell müsste so aussehen, dass ein Teil des Topfes für die DMO's und der Rest für Innovation und Stärken gebraucht wird. Wenn das der Konsens ist, geht es in die richtige Richtung. Es profitieren alle davon, auch von den Plattformen. Die Konklusion ist in Form von Geldverteilen.

Regierungsrat Damann: Das ist jetzt bereits so. Projekte wurden jedoch weitgehend aus dem Amt gemacht. Das ist nicht der Sinn. Profis sind die Leute an der Front und nicht wir im Amt. Die Idee wäre, dass die Grundfinanzierung der DMO's zum Teil eher heruntergefahren wird und mehr in Projekte investiert würde. Das ist das Ziel.

Gildo Da Ros: Das Beispiel «Kongress- und Seminartourismus» war vor vier Jahren das Hauptthema. Wir hatten aus jeder Destination Anträge, den Kongress- Seminartourismus dort zu fördern. Als Kanton haben wir gesagt, es gibt kein Geld mehr, macht dies zusammen. Somit mussten sie sich zusammenraufen. Sie haben dies zum Teil nicht geschafft. Jetzt müssen sie. Es gibt eine Vereinbarung und ein Ziel. Ob es klappt, das sehen wir dann. Das wäre der Ansatz.

Kommissionspräsident: Hier gibt es ein aktuelles Beispiel. St.Gallen-Bodensee Tourismus arbeitet in dieser Frage nicht mit Nachbarkantonen. Stimmt das?

Gildo Da Ros: Das ist so. Die Kantone Ausserrhoden und Innerrhoden hatten Ideen, den Seminar- und Kongresstourismus zu stärken. Sie waren nicht einverstanden mit den Olma-Messen

und -Kongressen in St.Gallen. Offenbar war das zu teuer. Sie haben eine Offerte aus dem Thurgau eingeholt. Der macht das günstiger. Die Leistungsvereinbarung besteht. Wir konnten nichts dagegen tun. Langfristig werden sie sicher auch feststellen, dass wir in diesem Bereich gemeinsam vorwärtsgehen müssen. Im internationalen Kongresstourismus erreichen wir mit den wenigen Mitteln nichts. Wir müssen mit gemeinsamer Kraft vorausgehen und dann geht es vielleicht. Der Verwaltungsrat Tourismus Appenzell Ausserrhoden würde übrigens liebend gern mit St.Gallen zusammenarbeiten. Die Ausserrhodische Regierung hatte dies nicht gewollt. Wir müssen mutig sein und vorwärts arbeiten.

Thomas Kirchhofer: An der Basis sehen wir die gleiche Signalhaltung, bei der Präsidentin von Tourismus Appenzell Ausserrhoden aber auch bei der Standortförderin. Der Grund weshalb diese Zusammenarbeit nicht zustande kam ist, dass man St.Gallen vorgeworfen hat, sich nicht auf derselben Augenhöhe zu bewegen. Wir hätten doch nur die Kongresse der Stadt im Kopf. Das heutige Konstrukt Seminarland.ch ist auf dem Markt eine Farce. Es kann nicht sein, dass wir in einer so kleinstrukturierten Denkweise unterwegs sind, um den Seminar- Kongress- und Tagungsstandort Ostschweiz so zu schwächen. Das muss dringend korrigiert werden.

Dobler-Oberuzwil: Sie haben das Südtirol angesprochen. Ich vergleiche den Kanton St.Gallen immer mit dem Allgäu. Beide haben von der Struktur her dieselben Städte, etwa 70'000 Einwohner, waren einmal Fürstabtei und haben als Umland Wasser und schöne Berge. Ich fühle mich dort wohl. Dort läuft es. Hat man untersucht wie es das Allgäu macht?

Thomas Kirchhofer: Ich selber beobachte Allgäu Tourismus als Konstrukt schon sehr lange. Sie arbeiten erfolgreich. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir auf gleichem Raum mehrere Kantone haben. Wo wir heute stehen, wissen wir. Das Konstrukt Allgäu hat für St.Gallen die gleiche Logik, wie ich es auch mit dem Südtirol erklärt habe. Das Grödnertal ist auch von der Marke her etwas Anderes wie die Region Meranerland. Die haben auch alle ihre eigenen Identitäten. So wie das Toggenburg und das Heidiland und wir auch unsere Identität leben. Der Markenbildungsprozess, den ein Allgäu macht, das geht Jahre. Das können wir nicht. Wir haben diese Wirkung nicht in St.Gallen. Ostschweiz haben wir probiert und hier kann jetzt etwas wachsen aus diesem Konstrukt, wie wir es beschrieben haben.

Dobler-Oberuzwil: Bezüglich Struktur, Finanzen und Grösse ist das Allgäu nicht besser aufgestellt als St.Gallen. Auch Bevölkerung und Wirtschaft sind ziemlich gleich. Ich kann einem Bekannten nicht mit gutem Gewissen sagen, wo er z.B. im Toggenburg hingehen soll. Wir wissen gar nicht, was wir vermarkten sollen.

Kommissionspräsident: Ich denke, es konnten die brennenden Fragen geklärt werden. Wir können sonst am Nachmittag noch darauf zurückkommen. Das Fazit aus der Diskussion ist, die Stossrichtung ist nicht ganz das, was wir wollten, aber sie ist sicher auf einem positiven Weg. Der 1. Januar 2019 ist die nächste Messlatte. Wenn diese nicht erreicht wird, wäre das ein Patzer. Längerfristig wäre die Vision, die Mike Egger auf den Punkt gebracht hat, zu verfolgen. Diese Fehlentwicklung oder nicht richtige Entwicklung versucht man so zu korrigieren. Wir müssen keinen Auftrag neu formulieren. Der Leiter der kantonalen Abteilung Tourismus, Herr Gröbli, ist heute nicht hier. Er ist Mitarbeiter von Daniel Müller. Darum haben wir entschieden, dass Daniel Müller, der Generalsekretär und der Regierungsrat die Kompetenzen genügend vertreten.

Die Kommission verabschiedet Thomas Kirchhofer und macht eine kurze Pause.

2.4 Fragen zum Metropolitanraum:

Kommissionspräsident: Gibt es Fragen zum Metropolitanraum?

Gut-Buchs: Wir haben im ganzen Papier das Wort Metropolitanraum mehrfach gefunden. Das ist, verglichen mit der Situation vor vier Jahren, positiv. Die Delegation der SP-GRÜ-Fraktion ist der Meinung, dass der «Metropolitanraum St.Gallen» in dem Bericht die Wichtigkeit und die Dringlichkeit, die wir erwarten, erhalten hat. Wir finden es sehr positiv, dass die Regierung konkrete Massnahmen vorsieht oder bereits schon ergriffen hat, die relevanten Agglomerationen das Oberthurgau, St.Gallen, Wil, Heerbrugg, Dornbirn zu «committen», bzw. zu erreichen, dass diese miteinander wollen. Nicht ganz überraschend und wenig Hoffnung bringend, hat die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) den Metropolitanraum als ein Nebenziel in ihrer Strategie noch abgeschwächt im Vergleich zu den Entwürfen, welche letztes Jahr in der Vernehmlassung waren. Für die IBK ist der Metropolitanraum kein Ziel. Wir gehen davon aus, dass sich der Kanton St.Gallen bei der Neudefinition zu den Bedingungen für den Metropolitanraum im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) aktiv einbringen wird, um der Neuschaffung des Metropolitanraumes St.Gallen die nötige Unterstützung zu geben und das nötige Gewicht zu verleihen. Der Prozess ist vor allem deshalb ein wichtiger, weil neu Bundesmittel auf Metropolitanräume fokussiert werden. Das haben wir letztes Jahr das erste Mal beim Öffentlichen Verkehr gesehen, wo die Fernverkehrsverbindungen von höchster Qualität explizit zwischen den Zentren der Metropolitanräume definiert wurden. Bis jetzt war St.Gallen da immer abgehängt. Im jetzt vorliegenden Bericht auf S. 29 kann man lesen, dass die Bundesmittel für Forschung immer mehr auf die Zentren der Metropolitanräume verteilt werden. Wir würden es begrüssen, wenn **die Regierung jährlich dem Kantonsrat zum aktuellen Stand Projekts Metropolitanraums Bericht erstatten** würde. Die Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein möchte auch partizipieren vom Metropolitanraum und wir würden es begrüssen, wenn das in den entsprechenden Papieren in Zukunft so aufgeführt würde. Insgesamt ist eine positive Entwicklung erkennbar aus dem Bericht. Wir begrüssen es, dass die Regierung ganz konkret eine Vorlage ausarbeitet.

Hartmann-Flawil: Im Rückblick zum Auftrag habe ich die Ausführung von Regierungsrat Damann als sehr defensiv empfunden, vor allem im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn das die Meinung wäre. Im Bericht kann man an verschiedenen Orten nachlesen, dass Mittel in die Metropolitanräume fliessen. Diese werden vom Bund her verteilt. Ich glaube, es ist für St.Gallen sehr wichtig, dass wir sie im Raumkonzept Schweiz einholen. Ich bedaure, dass die Politik oder die Regierung keine schärfere Haltung einnimmt, denn die Wirtschaft übernimmt Verantwortung. Die IHK St.Gallen-Appenzell, hat in den letzten Jahren mit dem Thurgau und der Region Bodensee Veranstaltungen durchgeführt, um den Wirtschaftsraum zu positionieren. Dies auch aufgrund der Aufträge aus dem Kantonsrat, die in grosser Einigkeit überwiesen wurden. Dieser Weg muss deutlich unterstützt werden. Es ist nicht nur Sache der Politik. Ich glaube, dass der Kanton allergrösstes Interesse bekunden müsste, in diese Richtung vermehrt Anstrengungen zu machen. Der Unterschied der Ausführungen der Regierung im Bericht zu den mündlichen Ausführungen von Bruno Damann erscheint mir frappant. Die Bestrebungen der Wirtschaft der Region St.Gallen-Bodensee, mit den anderen Regionen und Teilen des Thurgaus, mit dem Vorarlberg oder mit Liechtenstein eine Metropolitanregion zu schaffen, sind zwingend. Hier erwarte ich mir ein grosses und deutliches Engagement und Unterstützung durch die St.Galler Politik.

Freund-Eichberg: Ich bin nicht dagegen, dass das Raumkonzept neu definiert wird. Auch nicht, dass St.Gallen in Bern vorstellig wird. Was mir fehlt ist, dass in der Region «das Feuer nicht brennt». Sind Sie wirklich so überzeugt, dass ein Projekt so viel mehr Geld in die Region bringt und der Metropolitanraum noch mehr?

Hartmann-Flawil: Darauf antworte ich gerne und gebe weiter, was die Region St.Gallen-Bodensee zusammen mit den anderen Agglomerationsregionen, die hier zusammengeschlossen sind, macht, um im Raumkonzept, das in einem gewissen Rhythmus angepasst werden soll, als Grossraum bzw. Metropolitanraum angesehen zu werden. Die Wirtschaft hat verschiedene Anlässe durchgeführt, um den Metropolitanraum zu initiieren.

Gut-Buchs: Vor vier Jahren hat in dieser Kommission die Ständerätin Karin Keller-Sutter ganz klar gesagt, Subventionstatbestände werden in Zukunft gebunden an die Metropolitanräume. So wie diese ganz klar an die Agglomerationen gebunden sind. Damals war es Theorie. Aber in der Zwischenzeit hat das Bundesamt für Verkehr zusammen mit den Schweizerischen Bundesbahnen die Fernverkehrsverbindungen in Kategorien A und B eingeteilt und explizit an die Zentren der Metropolitanräume gebunden. Jetzt hat Regierungsrat Damann in seinem Bericht S. 29 auch erwähnt, dass die Mittel des Bundes in Zukunft vermehrt so fließen werden. Wir stehen am Anfang. Bei den Agglomerationen hat man auch gemeint vor ein paar Jahren, dass diese nicht so wichtig sind. Inzwischen wollen alle 35 bis 40 Prozent der Kosten über die Aggloprogramme vom Bund mitfinanziert haben. Die Regierung weiss sicher noch mehr, was in Zukunft diesbezüglich kommen wird.

Kommissionspräsident: Hartmann-Flawil hat die «Regio Appenzell AR - St.Gallen - Bodensee» angesprochen. Dort bin ich Vizepräsident. Wir haben die Entwicklungen, die in dieser Kommission ausgelöst wurden, aufgenommen. Die Regio besteht aus der Wirtschaft und 47 Gemeinden. Weil der Prozess, den Regierungsrat Damann aufgezeigt hat, unsicher oder zu langwierig war, hat man selber angefangen, Grundlagen zu schaffen. Heute ist bei der Geschäftsstelle der Regio das grösste Knowhow über die Grundlagen vorhanden. Mit der Regierung, dem Volkswirtschafts- und dem Baudepartement besteht ein Austausch. Heute Morgen fand ein solcher statt. Auch mit Vorarlberg möchte man auf eine Schiene kommen. Es ist langwierig, bis die entsprechenden Regierungs- und Landesvertreter an den Tisch gerufen werden können. Man kann nicht von heute auf morgen Termine fixieren. Aber es gibt jetzt einen Fahrplan, der konkret am Laufen ist. Die ersten grossen Meilensteine sollten Anfang 2019 vonstattengehen. Dies geht alles nur, wenn das, was von Hartmann-Flawil ausgeführt wurde, von der Regierung mitgetragen wird. Wenn ich mit der Vorarlberger Regierung sprechen möchte, muss die St.Galler Regierung dabei sein, um auf Augenhöhe diskutieren zu können. Es ist also aufgegleist und abgesprochen mit der Regierung. Regierungsrat Damann kann sicherlich Stellung dazu nehmen. Ich gehe davon aus, dass die Regierung das Knowhow unter sich austauscht.

Regierungsrat Damann: Es ist völlig richtig, der Metropolitanraum hat bei uns in der Regierung eine grosse Bedeutung. Ich habe es vielleicht etwas abgeschwächt formuliert, weil es eher bauseitig bei uns in der Regierung betrieben wird. Wir wollen Doppelspurigkeiten vermeiden. Dass ich nun mit der Vorarlberger Regierung rede, ist selbstverständlich Thema, wenn die Regierung zusammentrifft. Wenn ich mit einem Wirtschaftsminister zusammenkomme, reden wir darüber. Regierungsrat Mächler hat ein erstes Gespräch mit Vorarlberg geführt. Vorarlberg hat zumindest Interesse signalisiert. Liechtenstein gehört für uns ganz klar auch dazu. Der süddeutsche Raum

ist schwierig, weil der Metropolitanraum von Baden-Württemberg um Stuttgart liegt. Die Regierung in Stuttgart lässt den Gemeinden am Bodensee keinen Spielraum. Wenn der Kanton Thurgau trotz unserer Bemühungen nicht mitmacht, fehlen die nötigen Zahlen für einen Metropolitanraum. Der ÖV-Bereich ist relativ stark auf Metropolitanräume ausgerichtet. Unser einziger Vorteil ist, dass wir am Ende der Zugstrecken ab Zürich liegen. Metropolitanräume werden in Zukunft immer mehr Bedeutung bekommen, bei der Verteilung von Geldern und bei den Projekten, weil die Zentren gestärkt werden sollen. Die IBK hatte am Anfang Zustimmung signalisiert, ihr Bericht dauerte dann lange und das Nein war enttäuschend. Der Kanton Zürich ist Mitglied der IBK. Er hat kein Interesse an einem Metropolitanraum in der Ostschweiz.

Kommissionspräsident: Ich glaube auch hier hat das, was wir vor vier Jahren gemacht haben, eine gewisse Wirkung gezeigt. Es ist zwar nicht ganz so, wie wir das angedacht hatten, vor allem von der Geschwindigkeit her, aber man ist auf dem Weg. Ich denke, es gibt niemanden, der sagt, es wäre wahnsinnig lässig, einen Metropolitanraum zu haben. Dieser ist einfach Mittel zum Zweck. Das ist auch der Grund, warum die IHK vor sieben Jahren erstmals vom Metropolitanraum gesprochen hat. Sie legt heute nicht mehr viel Wert auf diesen Raum, weil er bürokratisch wäre. Aber es braucht diesen Raum. Deshalb ist man nicht dagegen. Das ist die Krux des Metropolitanraumes. Die Gelder fließen nur so.

2.5 Gastreferat zum Netzwerk ETH / Ostschweiz (vgl. nachfolgend Seite 44 ff.)

3 Einführung und Vorstellung der Vorlage (Inhalt gemäss Botschaft)

Regierungsrat Damann stellt mit einer Präsentation das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2019-2022 vor (Präsentation Damann 2). Auch hier werden ins Protokoll lediglich die ergänzenden Informationen aufgenommen.

(Zu Folie 4, Aktionsplan «Wirtschaftsstandort 2025») Das St.Galler Rheintal hat die stärkste Exportorientierung in der Schweiz. Als Ringkanton haben wir eine sehr grosse Heterogenität. Rapperswil-Jona und Wil sind beispielsweise mehr Richtung Zürich ausgerichtet, das Sarganserland mehr Richtung Chur. Die Verschiebung am Arbeitsmarkt geht immer mehr Richtung Dienstleistung.

(Zu Folien 7-8, Erreichung Zielwerte) Die Zahlen sind kumuliert, weil das Programm noch läuft.

(Zu Folie 9, Ansiedelungen via kantonale Steuernachlässe) Die Ansiedelung in der Schweiz ist aus verschiedenen Gründen schwieriger geworden. Die Folie zeigt die Ansiedelungen, die aufgrund kantonalen Steuernachlässe möglich waren.

(zu Folien 10-11, Angesiedelte Arbeitsplätze) Ansiedelungen aus Amerika gibt es kaum noch. Manche Firmen gehen wegen der aktuellen US-Steuerpolitik sogar zurück nach Amerika. Die Ansiedelungen aus Asien stammen mehrheitlich aus China. Am Bedeutendsten sind Ansiedelungen aus Europa.

(Zu Folie 12, Begleitete Expansionen / Entwicklungen): In den letzten vier Jahren konnten wir eine relativ grosse Anzahl an neuen Arbeitsplätzen schaffen, aber auch viele bestehende Arbeitsplätze sichern. Die Beibehaltung guter Bedingungen für bestehende Firmen werden im neuen Programm mehr gewichtet, als bisher.

(Zu Folie 14, Aktuelle Herausforderungen): Die aktuell wichtigste Herausforderung ist die Schaffung eines Innovationsparks, eines Labels mit grosser Aussenwirkung. Wir sind intensiv am Vorbereiten und hoffen, es gelingt im dritten Anlauf. «SV17» meint die Steuervorlage 2017 nach Ablehnung der Unternehmenssteuerreform. Wer neue Firmen ansiedeln möchte, muss gewisse Sicherheiten bieten. Ohne die SV17 ist es schwierig, Firmen hierher zu holen. Die IT-Bildungsoffensive wurde letzte Woche von einer vorberatenden Kommission beraten. Das wirtschaftspolitische Umfeld ist momentan sehr gut. Wir haben fast eine Vollbeschäftigung. Aber die Wirtschaftslage ist abhängig von Entscheidungen irgendwo auf der Welt.

(Zu Folie 15, Innovationspark): In der Schweiz gibt es drei Innovationsparks. Einer ist in Lausanne, mit Ablegern in Genf und im Wallis. Biel, Aarau und Basel sind ein zweiter, Zürich ein dritter. Derzeit wird diskutiert, ob das Tessin und die Innerschweiz Ableger sein könnten. St.Gallen hat die Strategie für einen eigenen Standort.

(Zu Folie 16, Abschlussbericht Empa: Stärken der Ostschweiz) Die Stärke der Ostschweiz liegt im Bereich Gesundheitstechnologien. Die Folie zeigt, wie viele Anbieter hier zusammenarbeiten. Auch die ETH Zürich ist wichtig.

Kommissionspräsident: Dazu ist am Nachmittag noch ein Referat des Direktors der Empa geplant.

(Zu Folie 17, Optimierung Tourismusstrukturen) Die Umsetzung des Modellentscheids Tourismusstrukturen muss per 1. Januar 2019 gelingen, ich habe den Hinweis verstanden. Ich werde darauf hinwirken, kann aber niemanden dazu zwingen, zu spüren.

(Zu Folien 19-20, Zielwerte 2019-2022) (Immobilien) Arealentwicklungen erfolgen aufgrund von Verdichtungen gemäss Raumplanungsgesetz. *(Touristische Infrastruktur)* Wir werden relativ viele Aufgaben an den Tourismusrat abgeben. Beim Volkswirtschaftsdepartement verbleiben noch die Ausarbeitung der Leistungsvereinbarung mit dem Tourismusrat und der Touristischen Entwicklungskonzepte (TEK). Hinter letzterem stecken jeweils viele Arealentwicklungen, für die wir zusammen mit dem Baudepartement das bessere Knowhow haben. *(Internationale Märkte und Promotion)* Hier ist es wichtig, aktiv zu bleiben, trotz Verringerung der Zahlen.

(Zu Folie 22, Programmkredit) Wir beantragen gut 300'000 Franken mehr, ohne personelle Ressourcen, die wir natürlich brauchen.

Der *Kommissionspräsident* stellt fest, dass es keine Verständnisfragen aus der Kommission gibt.

4 Allgemeine Diskussion

Die Kommission führt eine allgemeine Diskussion über die Vorlage anstelle einer Eintretensdiskussion. Fragen und Antworten dazu sind erst nach der Mittagspause vorgesehen.

Freund-Eichberg (im Namen der SVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Die SVP ist mit dem Standortförderungsprogramm 2019 bis 2022 sehr zufrieden. Auch mit dem «Wirtschaftsstandort 2025» ist sie einverstanden. Wir haben einen hervorragenden Bildungsstandort. Die breit abgestützte Förderung von Schwerpunkten ist in Ordnung. Die fortschreitende Digitalisierung findet sich auch in der Schwerpunktplanung wieder. Die IT Bildungsoffensive ist als strategische Vorgabe von grosser Bedeutung.

Finanziell sind die budgetierten 7.2 Mio. Franken nicht ausgeschöpft worden. In der neuen Periode sollen 7.5 Mio. Franken beantragt werden. Das eher bescheidene Budget für eine Standortförderung ist noch nicht gerade umwerfend. Jedoch kann man sich die Frage stellen, ob der Wirkungsgrad an den Ausgaben gemessen werden kann, vor allem in den Branchen und den Organisationen, die mehr oder weniger gefördert werden. Oder kann auch gesagt werden, dass etwas einmal nicht unterstützt wird oder etwas stärker unterstützt wird? Der Entwicklungsschwerpunkt Wil West soll 1'750 bis 3'000 Arbeitsplätze schaffen. Ist die Wirtschaft bereit zu investieren? Was kann der Kanton hierzu beitragen?

Ich nehme vorweg, dass der Bericht den letzten drei Berichten gleicht. Er ist sehr ähnlich und auch so aufgebaut. Ich frage mich, ob nicht eine Änderung der Berichterstattung gemacht werden könnte, die in der Organisation, dem Organigramm der Standortförderung, anders aussehen würde?

Im nationalen und internationalen Vergleich im Umfeld hat sich der europäische Wirtschaftsraum erholt. Das gilt auch für die Ostschweiz. Es ist Gang und Gäbe, wenn es im europäischen Wirtschaftsraum nach unten geht, wird es auch bei uns nach unten gehen. Die Exportindustrie hat zugenommen. Das ist sehr erfreulich. Das Bruttoinlandprodukt hat sich auch positiv entwickelt. Die IHK kam aufgrund der Daten des Bundesamts für Statistik zum Schluss, dass es positiv ist, aber nicht die differenzierte Wirtschaftsstruktur, also die Industrie dazu beigetragen hat, sondern die Finanz- und Dienstleistungen. Es ist interessant, jene Zahlen zu studieren. Ich als Rheintaler bin hoch erfreut, dass die Hightech Branche im Rheintal sich sehr positiv entwickelt hat.

Ich stelle fest, dass der neu zu schaffende Metropolitanraum St.Gallen-Bodensee von der Regierung angegangen wurde. Die IBK mit den neuesten Betriebsprozessen will die offenen Fragen mit gemeinsam abgestimmten Entwicklungen in allen Belangen angehen. Im Jahr 2000 war St.Gallen ein Teil des Metropolitanraumes Zürich. Bis 2019 soll festgelegt werden, wie die neue Definition ausgearbeitet werden soll. Meiner Meinung nach, können die verschiedenen Agglomerationsprogramme dazu beitragen, dass der Metropolitanraum neu geschaffen wird, z. B. St.Gallen, Rheintal. Da wäre das Vorarlberg auch dabei. Das wäre ein Ansatz.

Beim Tourismus sind wir derselben Meinung. Ohne dass ich das Kommissionsgeheimnis der Staatswirtschaftlichen Kommission verletze, kann ich sagen, dass sie eine Subkommission einberufen und das Thema untersucht hat. Sie empfiehlt, das geplante Modell umzusetzen. Nächste Woche wird hierzu eine Medienmitteilung zu lesen sein. Die Förderschwerpunkte 2015 bis 2018

sind richtig umgesetzt worden. Hier hat man von Seiten der SVP eine positive Einstellung. Die proaktive Arealentwicklung trägt Früchte im Kanton, in Wil, Heerbrugg, Rapperswil-Jona, etc. Der Medical Master bietet den Studierenden neu in der Ostschweiz eine Plattform, dies umzusetzen. Die Pizolbahnen wurden im Herbst 2017 für drei Jahre mit dem Standortförderungskredit weiter unterstützt. Dies hat nicht nur positive Reaktionen ausgelöst. Wenn im Tourismus Fortschritte erzielt würden, brauchte es das nicht mehr. In den neuen Schwerpunkt 2019 bis 2022 redet man von «Vielfalt leben, Akzente setzen». Dies soll der Grundsatz für die kommenden vier Jahre sein. Ich stelle fest, dass die bisherigen Förderungen weiterentwickelt wurden. Es werden keine neuen Instrumente verwendet. Unter F 1 bis F 6 werden alle Bereiche gefördert. Es ist nicht so wie das letzte Mal. Da wurden Anschubfinanzierungen gemacht. Man ging davon aus, dass es danach ohne Unterstützung weitergehen sollte. Aber wir können damit leben, dass neu die Förderung gegen Innen und die Vermarktung gegen aussen angestrebt wird.

Wir begrüßen auch die Förderung der Fachleute bezüglich Bildung. Der digitale Wandel vor allem in der Berufsbildung wird verändert. Es wird mehr mit digitalen Instrumenten gearbeitet. Auch das begrüßen wir. Innovation ist ein wichtiger Teil. Die Netzwerke sollten gefördert werden. Wir sind derselben Meinung, wie der Regierungsrat.

Die Schlussfolgerung: «Die Vielfalt leben» soll der Grundsatz sein für die kommenden vier Jahre. Die bisherigen Förderungen wurden weiterentwickelt. Es wurden keine neuen Instrumente geschaffen. Die Anschubfinanzierungen von 2015 bis 2018 haben dazu beigetragen, dass wir ein Stück weitergekommen sind. Ich könnte mir vorstellen, dass in neuen Berichten anders vorgegangen wird. Nach drei Jahren könnten mit einem Postulatsbericht verschiedene Fragen geklärt werden. So käme man weiter mit den Grundlagen des Gesetzes usw.

Oberholzer-St.Gallen (im Namen der SP-GRÜ-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten. Ein prosperierender Kanton ist uns allen ein zentrales Anliegen. Dazu gehört die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, von der alle profitieren. Von daher versteht es sich von selber, dass wir ein kantonales Standortförderungsprogramm benötigen. Wir stellen sehr erfreut fest, dass die heutige Vorlage wesentlich offensiver und klarer wird, als dies vor vier Jahren der Fall war. Insbesondere möchten wir zwei Vorhaben bekräftigen, die heute Morgen verschiedentlich gefallen sind. Erstens die Absicht, dass man mit anliegenden Kantonen oder dem grösseren Raum Ostschweiz beim ARE vorstellig wird, dass die Ostschweiz als neuer Metropolitanraum im Raumkonzept Schweiz aufgenommen wird. Gut-Buchs hat im Vorfeld dazu bereits Details erwähnt. Das zweite wichtige Anliegen ist, die Zusammenarbeit der Empa mit hier ansässigen Unternehmen weiter zu intensivieren, damit sich der Kanton so weiter für einen Standort des Ostschweizer Innovationsparks bewerben kann. Grundsätzlich unterstützen wir den Fokus des Standortförderungsprogramms auf die bestehenden Stärken des Kantons. Also auf die forschende, entwickelnde und produzierende Investitionsgüterindustrie. Obwohl gerade in der Grenzregion die Industrie den Schwankungen des Frankenkurses stärker ausgesetzt ist, als andere Sektoren in der Schweiz, gehört sie trotzdem langfristig ganz klar zu den Standbeinen des Kantons. Dies ermöglicht eine stabilere Entwicklung, als wenn die Ostschweiz z.B. einseitig von einem Finanzplatz abhängig wäre. Die produzierende Industrie soll auch in Zukunft einen grossen Stellenwert haben. Andererseits kann es sein, dass die Fokussierung auf nur wenige Sektoren, die Entwicklungen, die in anderen Bereichen wichtig wären, verpasst. Dieser Aspekt ist im Gesamtbild der Standortförderung ebenfalls zu bedenken.

Abgesehen von den positiven Seiten der Vorlage haben wir aus unserer Sicht einige kritische Bemerkungen anzubringen. Hier geht es vor allem um die grundsätzlichen Annahmen in diesem Standortförderungsprogramm. Ist es wichtiger neue Firmen in den Kanton zu holen oder soll mehr in die Bestandespflege investiert werden? Das zweite betrifft vor allem die Fachkräfte. Im Bericht wird ausgeführt, dass viele der im Kanton St.Gallen ausgebildeten Fachkräfte abwandern, z. B. nach Zürich. Dadurch können viele Stellen hier nicht besetzt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das Anwerben von neuen Firmen erste Priorität hat, oder ob nicht mehr in die Bestandespflege investiert werden sollte, nämlich in das Personal, die Fachkräfte? Um deren Bestandespflege erfolgreich durchzuführen, ist sehr entscheidend eine hohe Lebensqualität im Kanton St.Gallen. Neben dem Lohnniveau spielen das Angebot an Kinderbetreuung, an Schulen, an Kultur und Naherholung sowie an weiteren Freizeitaktivitäten hier eine wichtige Rolle. Nur wenn diese Grundversorgung vorhanden ist, werden sich auch qualifizierte Fachleute auf Dauer in der Ostschweiz niederlassen. Diese Punkte, was die Lebensqualität angeht, sind auch deswegen so wichtig, weil dies die Faktoren sind, die der Kanton selbst direkt beeinflussen kann. Im Gegensatz dazu, ist der Erfolg anderer Standortförderungsmaßnahmen sehr ungewiss. Leider findet sich zu der Frage der Lebensqualität in der Ostschweiz praktisch nichts in der Vorlage. Alles was die Regierung betreffend attraktivem Wohnumfeld vorschlägt, ist die Schaffung sogenannter exklusiver Wohnstandorte. Ob hier die richtigen Menschen angezogen werden, ist zweifelhaft. Vor allem auch darum, weil bei solchen exklusiven Individuen auch solche sind, die nicht einmal erwerbstätig sind und auch keine Fachkräfte wären.

Zum Schluss möchten wir anmerken, dass der hohe Grad der Zielerreichung der aktuellen Programmperiode beeindruckend ist. Sehr erfreulich. Gerade darum fragen wir uns, ob die Ziele tatsächlich richtig angesetzt wurden? Ob die Zielerreichung tatsächlich aufgrund des Standortförderungsprogramms erfolgte? Um in Zukunft den Erfolg sicherzustellen, soll sich der Kanton in der Standortförderung vor allem um die Faktoren kümmern, die er selber effektiv steuern kann. Weniger um solche, bei denen der Einfluss nur indirekt ist. Zu den effektiv beeinflussbaren Grössen gehört wie gesagt die Schaffung einer hohen Lebensqualität durch eine gute Grundversorgung und attraktive Angebote. In diesem Sinn, mit diesen kritischen Untertönen, wird unsere Delegation die Vorlage unterstützen.

Bärlocher-Eggersriet (im Namen der CVP-GLP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten. Auch unsere Fraktion befürwortet und unterstützt die vorgestellte Strategie zum grössten Teil. Die Berichterstattung der Regierung über das laufende Standortförderungsprogramm zeigt ein breites und auch grösstenteils erfolgreiches Wirken im Zeitraum von 2015 bis 2018. Besonders erfreulich sind unter anderem die bereits genannten Arealentwicklungen. Die Weiterentwicklung des Forschungs- und Innovationszentrum RhySearch und beispielsweise die Fokussierung und Unterstützung der Jungunternehmer.

Wie Oberholzer-St.Gallen vorher bereits angedeutet und Regierungsrat Benedikt Würth letztes Mal bereits gesagt hat, ist es auch wichtig, dass Standortförderung in jedem Departement stattfindet. Heute geht es jedoch primär um die Standortförderung, die das Volkswirtschaftsdepartement direkt verantworten kann. Es ist uns essenziell wichtig, dass die unterschiedlichen Departemente aktiv zusammenarbeiten, um den Kanton gesamthaft voranzutreiben. Wir denken hier beispielsweise an eine attraktive Steuerpolitik, die IT-Bildungsoffensive oder den Medical Master. Vor allem dank solcher Ansätze ist es möglich, gut ausgebildete Fachkräfte in die Region zu holen, oder hier zu halten. Der departementsübergreifende Ansatz wird im vorliegenden Bericht etwas zu

wenig gewürdigt. Anzusprechen ist auch, dass die bescheidenen Mittel von 7.5 Mio. Franken für die Standortförderung ausreichen, weil es andere Handlungsfelder gibt, bei denen sich der Kanton einsetzt. Wir denken an die 75 Mio. Franken der IT-Bildungsoffensive.

Der positive Bericht kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch kritische Punkte gibt. Die Zahl der neu angesiedelten Unternehmen ist in den letzten Jahren regelrecht eingebrochen. Wir sind in einer globalen Wirtschaft und es gibt mehr exogene Faktoren, die wir nicht beeinflussen können. Dies hat dazu geführt, dass nur wenige Neuansiedlungen erreicht werden konnten.

Auf den Metropolitanraum und den Tourismus gehe ich nicht explizit ein. Diese Prozesse verlaufen relativ harzig. Die Ausführungen haben wir gehört. Es geht in die richtige Richtung.

Auch bei der internationalen Ansiedlung ist es zwingend, dass die Ostschweizer Kantone untereinander eng zusammenarbeiten. Allein haben wir nicht die Grösse und Erfahrung im internationalen Netzwerk, um beim hohen Tempo der Ansiedlung mitmischen zu können mit den grossen Playern wie Bern, Genf oder Zürich. Es ist für uns wichtig, die Bestandespflege der bestehenden Unternehmen in den Fokus zu setzen. Hier ist ein höherer Wirkungsgrad zu erreichen, als bei der Neuansiedlung von internationalen Unternehmen. Auch die beabsichtigte Nischenstrategie auf gezielte Branchen ist hier die richtige Massnahme.

In der Standortpromotion sollen neben gezielten Massnahmen zur Ansiedlung neuer Unternehmen auch die Akzente zur Förderung eines attraktiven Arbeits- und Fachkräftemarkts gelegt werden. Das Vorgehen ist mit Optimierungen des Wohnstandortes verknüpft, was für uns zentral ist. Das globale Wohnstandortklima, Kultur, ist für uns gerade so wichtig wie dem Vorredner. Die Menschen kommen nur in einen Raum in dem es lebenswert ist und nicht allein, weil eine Firma dort ist.

Zum Thema Innovation und dem darin beabsichtigten Innovationspark und der Fokussierung auf die Gesundheitstechnologie: Das geht für uns in die richtige Richtung. Hier gilt es, den Fokus zu setzen und uns darin zu stärken.

Damit ist gesagt, dass die von der Regierung beabsichtigten Massnahmen für uns mehrheitlich nachvollziehbar sind. Sie gehen in die richtige Richtung. Wir unterstützen dies.

Bartl-Widnau (im Namen der FDP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Die FDP anerkennt die Wichtigkeit, den Kanton St.Gallen, aber auch die gesamte Ostschweiz, zu vermarkten resp. die positiven Eigenschaften der Region bekannt zu machen. Hierzu müssen die bekannten Rahmenbedingungen wie Kundennähe und -orientierung, Dienstleistungsqualität, Flexibilität, Tempo, usw. jedoch auch stimmen. Themen hierzu sind etwa Anträge für Arbeitskräfte (Fachkräfte und Praktikanten) aus dem Ausland, Einsprachen seitens Kanton bei Arealentwicklungen (Verkehr), Pakete für Fachkräfte und Ansiedlungen, inkl. Steuern, Innovationsangebote, etc. Dem Interessenten ist geholfen, wenn er eine Anlaufstelle hat, welche die verschiedenen Themenbereiche koordiniert. Dahingehend nehmen wir die geplante Service- und Koordinationsdrehscheibe im Tourismus erfreut zur Kenntnis.

Wohl ist hier nicht der richtige Rahmen, es anzusprechen, jedoch kann auch hier erwähnt werden, dass bezüglich der genannten Punkte noch Potential in der Verwaltung vorhanden ist. Ziel

soll die Beantwortung der Frage sein, wieso sich ein Unternehmen im Kanton Ansiedeln oder im Kanton weiter investieren soll.

Die FDP begrüsst, dass die Standortförderung nicht mehr nur auf Grossansiedlungen reduziert wird, sondern insbesondere auch die Potentiale kleinerer, entwicklungsfähiger Unternehmen in ihre Überlegungen mit einbezieht. Ansiedlungen sind heute eher kleine Einheiten, welche vor Ort wachsen. Nicht zu vergessen sind jedoch auch die bereits vorhandenen Unternehmen, unabhängig von deren Grösse, welchen dieselbe Unterstützung offeriert werden soll. Kein Unternehmen soll den Kanton verlassen, ohne dass der Erhalt der Arbeitsplätze versucht worden ist. Die verstärkte Fokussierung auf die Unternehmen im Kanton wird erfreut zur Kenntnis genommen.

Alleingänge sind zu eher vermeiden. Diese sind mehrheitlich unverhältnismässig teuer und zudem von weniger Erfolg gekrönt, als wenn in grösseren Verbänden und/oder Partnerschaften vorgegangen wird. In der Vergangenheit sind einige Partnerschaften gescheitert bzw. nicht zustande gekommen. Daraus sind die entsprechenden Lehren zu ziehen. Vorauszusetzen ist die Kooperationsfähigkeit mit und die Nutzung von bestehenden Strukturen und Grundlagen, auch bei der Förderung der Tourismusdestinationen. Wir denken insbesondere an bereits laufende Initiativen und Projekte, auch wenn diese nicht oder nur teilweise von der kantonalen Verwaltung entwickelt wurden. Gefragt ist ein flexibles und lösungsorientiertes Vorgehen, etwa beim Startfeld Innovationszentrum, beim Standort «IT St.Gallen rockt!» usw. Die wiederholten und verstärkten Bestrebungen um Kooperationen werden anerkannt und begrüsst.

Wohl sollen die Aktivitäten auf ausgereiften Konzepten und Analysen basieren, jedoch verlangen die Kunden, also die Unternehmen wie auch die Partner, nach agilen und pragmatischen Lösungen sowie kurzfristigen Finanzierungen. Andere Kantone machen dies vor. Dabei müssen vielleicht auch einmal langjährige verwaltungsinterne Abläufe und Prozesse optimiert oder hinterfragt und gegebenenfalls erneuert werden. Vielleicht könnte die Standortförderung auch Ratschläge und Rückmeldungen von Unternehmungen an die involvierten Departemente weiterleiten. Orientieren könnte man sich an den Unternehmen, welche man für den Kanton St.Gallen begeistern möchte – womit ich Unternehmertum in der Verwaltung anspreche und Entscheidungen, welche auch mal zu negativen oder von wenig Erfolg gekrönten Ergebnisse führen können. Es ist keine Schande, auch mal zu scheitern.

Wir begrüssen den Versuch, die Aktivitäten resp. deren Wirkung einer Messung zu unterziehen. Wir sind uns bewusst, dass Standortpromotion einerseits langsam Wirkung entfaltet und andererseits auch von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig ist. Gleichwohl sind die zu messenden Parameter und Zielgrössen auf ihre Aussagekraft zu hinterfragen.

Insgesamt vermissen wir in der Botschaft konkrete Aussagen betreffend spezifischer Aktivitäten, insbesondere auch im Bereich Nutzung neuer Medien (Social Media, Influencer, usw.).

Es ist zu erwarten, dass zukünftig Medizinstudenten in St.Gallen einen Teil ihrer Ausbildung absolvieren können. Dies kann dazu führen, dass diese gut und teuer ausgebildeten Personen auch nach Abschluss des Studiums im Kanton verbleiben. Wurden diesbezügliche Arbeiten bereits gestartet? Wie spricht man diese Absolventen an und versucht diese zu halten? Auch diese Fragen sind zu beantworten?

Die FDP unterstützt das Ziel, die Attraktivität der Ostschweiz bekannt zu machen. Notwendig ist hierzu u.E. insbesondere die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit sämtlichen Gruppen und Marktteilnehmern wie bestehenden Projekten, aber auch Schulen, Grundeigentümern und Investoren. Es ist davon auszugehen, dass dabei auch die Kundenorientierung der Verwaltung einen entscheidenden Beitrag leisten kann. Wir sind daher ebenfalls für Eintreten.

Mittagspause von 12.30 bis 13.50 Uhr.

Regierungsrat Damann: Ich danke den Fraktionen für die weitgehend wohlwollende Entgegennahme des Berichts und Antrags und möchte Folgendes dazu sagen:

Wir haben den Bericht ein letztes Mal bewusst wie zweimal zuvor aufgebaut, weil die Leitung der Standortförderung während des Schreibens nicht besetzt war. Wir möchten aber den Bericht in Zukunft anders verfassen.

Die angesprochene hohe Lebensqualität ist für die Regierung ein ganz wichtiger und wesentlicher Punkt. Daran arbeiten wir überdepartemental. So haben wir darüber diskutiert, dass der Kanton Vorgaben machen könnte, z.B. zu Krippenplätzen (Kinderbetreuung ist kommunal geregelt). Das VD ist in verschiedensten Lenkungsausschüssen von Projekten beteiligt, in denen es um Lebensqualität geht.

Auch die aktive Zusammenarbeit zwischen den Departementen ist der Regierung wichtig. Wir haben derzeit eher ein Konzerndenken. Verwaltung ist ganz klar Dienstleistung. Ich habe aber nur Einfluss auf mein Departement. Wir müssen zielorientiert statt problemorientiert arbeiten.

Zu den angesprochenen Aktivitäten, die vermisst werden, ist zu sagen, dass wir auch flexibel bleiben und kurzfristig handeln können müssen. Wir erstatten ja immer wieder Zwischenbericht.

Wenn Mediziner hier studieren und die Assistenzzeit machen können, dann bleiben sie eher. 50 Prozent derjenigen, die anschliessend ans Studium das sog. Curriculum zur Grundversorgung absolvieren, eröffnen anschliessend eine Praxis als Allgemeinmediziner im Kanton St.Gallen. Das Curriculum ist also erfolgreich. Wir sind dankbar, dass der Kantonsrat dafür Gelder gesprochen hat und es weiter tut.

5 Spezialdiskussion

5.1 Beratung Botschaft

Abschnitt 1 (Der Kanton St.Gallen im Nationalen und internationalen Umfeld)

Abschnitt 1.1 (Wirtschaftsstandort Kanton St. Gallen)

Kommissionspräsident: Am Ende von Absatz 2 können wir lesen, dass das Bruttoinlandprodukt (BIP) im Kanton St.Gallen «wesentlich» stärker gewachsen ist, als in der Schweiz. Für mich ist jetzt die Frage, wie das Departement bzw. die Verfasser des Berichts zu diesem Schluss kommen. Gemäss Abbildung 1 sind es zwei Prozentpunkte über sieben Jahre. Das ist ein Wachstum, das ist so, aber ist es ein «wesentliches»?

Hartmann-Flawil: Ich möchte dazu eine ähnliche Frage stellen. Die Aussage widerspricht dem «Bericht Schaltegger, Universität Luzern», der darlegt, dass St.Gallen gesamtschweizerisch auf einem sehr tiefen Niveau ist. Die Steigerung in Prozent sieht gut aus. Hingegen in effektiven Zahlen ist es nicht viel. Und man kann festhalten, dass der Kanton St.Gallen betreffend BIP aber auch Löhnen usw. wirklich tief ist. Daher hat es mich gestört, wenn man sagt «wesentlich» bessere Entwicklung als in der Schweiz.

Regierungsrat Damann: Die Frage ist, wie lesen wir Statistiken. Abbildung 1 zeigt bildlich, dass wir mehr gewachsen sind als die Schweiz. Das ist ohne Zweifel. Wenn Hartmann-Flawil auf die absoluten Zahlen verweist, dann ist es auch korrekt. Wir haben ein relativ tiefes Niveau, das hat aber mit verschiedenen Gründen zu tun. Ein wesentlicher Grund ist die hohe Industrialisierung. Bei den Dienstleistungen, Banken usw., auch der Pharmaindustrie ist es einfacher, mehr Geld zu verdienen, als bei uns. Mit dem müssen wir leben, ob es uns gefällt oder nicht. Wenn wir es gesamthaft anschauen, haben wir mindestens aufgeholt gegenüber dem Rest der Schweiz. Aber natürlich auf einem tiefen Niveau. Über den Begriff «wesentlich» kann man diskutieren.

Kommissionspräsident: Ich habe eine Frage zur gleichen Thematik. In Absatz 2, dritter Satz heisst es: «Die stabile und vergleichsweise schnelle Erholung aus den Krisen der letzten Jahre verdankt der Kanton nicht zuletzt seiner breit differenzierten Wirtschaftsstruktur und international aufgestellten Industrie.» Dazu ist zu sagen, wie man es in der Abbildung 1 sieht, dass St.Gallen weniger stark gewachsen ist, als der Rest von der Schweiz. Und absolut liegt St.Gallen an drittletzter Stelle. Klar führend war es da wegen den Finanzdienstleistungen. IHK-Research hat im März 2018 geschrieben: «Dienstleistungen stützen Ostschweizer Wachstum». Das stimmt für mich nicht mit dem Bericht überein. Irgendwie ist es für mich nicht so ganz schlüssig.

Gildo Da Ros: Es ist eine Statistik. Wir hätten auch die Arbeitslosenquote nehmen können, wo wir gesamtschweizerisch noch viel tiefer sind, als die übrigen Kantone. Das BIP hatten wir auch schon in den Vorprogrammen als Basis genommen. Es ist aber richtig, real ist es tiefer, als in den übrigen Kantonen.

Kommissionspräsident: Den erwähnten IHK-Research-Bericht legen wir dem Protokoll bei.

Egger-Berneck: Ich habe noch eine Frage zu Absatz 1. Dort werden die KMU-Betrieb relativ hoch gelobt. Gibt es auch Bestrebungen von Seiten Regierung, diese im administrativen Bereich zu entlasten? Wenn ich etwa höre, wir haben Kontrolleure von Gas-Grills, dann ist das einfach irgendwo in einem Verhältnis, wo es für mich nicht mehr stimmt und wo es unser lokales Gewerbe behindert. Gerade in dem Bereich machen wir einen guten Job.

Regierungsrat Damann: Uns sind KMU wichtig. Aber wir haben einen Auftrag zum Kontrollieren. Das ist vom Gesetz her vorgegeben. Im Augenblick ist es sicher so, dass wir versuchen, so Wirtschafts- und KMU-freundlich zu sein, wie möglich.

Gildo Da Ros: Ja, die Regulierungsdichte haben wir auch schon angeschaut. Ein Grossteil der Vorschriften kommt aus Bundes-Bern. Wenn die Regierung mit Bundes-Parlamentariern zusammensitzt, ist das immer wieder Thema. Wir wollen gerade im Bereich des Arbeitsgesetzes, oder im Umwelt-Bereich, den du ansprichst und wo am meisten reguliert wird, den Riegel ein wenig schieben, damit wir nicht zu tief in die Regulierungsschwemme hineinkommen. Aber letztlich ist

die gesetzgebende Gewalt da im Lead, um an Sie zurückzugeben. Wir sind froh, wenn wir wirklich auch hier schlank durchkommen.

Freund-Eichberg: Dann möchte ich gleich eine Anschlussfrage stellen. Wie geht denn die Regierung bei den administrativen Vereinfachungen vor? Gibt es überhaupt ein Instrument? Ich frage das als Bauer. Wir haben einmal eine riesige Übung angefangen, was man alles vereinfachen könnte in Bern. Und ein Jahr später hatten wir auf einmal zwei neue Formulare, die es eigentlich nicht gebraucht hätte.

Gildo Da Ros: Die Regierung hatte zum Beispiel zur Agrarpolitik (AP22+) relativ heftig Stellung genommen und die administrativen Auswüchse massiv kritisiert. Wir sind dran, aber es braucht einfach noch mehr Anstrengungen, um diese Auswüchse zu bremsen bzw. zu reduzieren. Es geht wirklich in die falsche Richtung, wenn man immer noch mehr reguliert. Das müssen wir bremsen.

Regierungsrat Damann: Der AP22+ in der Landwirtschaft hat über 140 Seiten. Das ist nicht einmal für uns im Amt nachvollziehbar. Und das haben wir vehement in Bern kritisiert. Was gut ist, haben wir anschliessend auch noch geschrieben.

Hartmann-Flawil: Man hört immer wieder von der administrativen Belastung. Das mag auch stimmen. Aber ich finde, man muss auch schauen, wo denn die Ursachen dafür liegen. Ich glaube, da müsste man anfangen. Im landwirtschaftlichen Betrieb haben zum Teil die Bauern zu nah gegüllt und Gewässerverschmutzungen verursacht. Deshalb muss man das kontrollieren. Oder auch Grills für Fleisch- und Wurstwaren, die gefährlich sind. Wieso gibt es einen Missstand und wie bekommt man das in den Griff? Und darum appelliere ich an die, an die Landwirte weniger Probleme zu machen, jetzt zum Beispiel für die Umwelt. Dann hätten wir einen grossen Teil von diesen administrativen Hürden weg. Dasselbe bei allen anderen Berufsgattungen. Ich bitte einfach, weniger wehleidig zu sein, sondern vielleicht bei den Ursachen zu schauen.

Freund-Eichberg: Ich möchte jetzt eine landwirtschaftliche Debatte veranstalten. Es ging nicht primär um die Landwirtschaft. Wenn ein Bauer Vorschriften nicht einhält, ist es logisch, dass man das vermeiden will. Ich biete Schule auf dem Bauernhof an. Anfangs mussten wir ein A4-Blatt ausfüllen. Ein Jahr später kamen 5 Seiten dazu, die aus meiner Sicht nichts bewirkt haben. Das regt mich und die KMU auf.

Oberholzer-St.Gallen: Ich kann verstehen, dass für Freund-Eichberg diese Formulare mühsam sind. Aber, um den Bogen zur Standortförderung wieder zu schlagen, die Ansicht, man würde stärker wirtschaftlich wachsen, wenn es weniger Formulare gäbe, teile ich nicht. Ob das dann wirklich Standortförderung ist, sei einmal dahingestellt. Ich glaube nicht, dass das den Kanton St.Gallen weiterbringen würde. Gut ist, dass dieser Bericht den Fokus auf andere Sachen legt.

Hartmann-Flawil: Ich habe eine Frage zu Abbildung 5, auf Seite 7, Export nach Regionen. Dort sieht man, dass wir zwei sehr starke Regionen haben, das Rheintal und Werdenberg. Beide sind ja auch ein wenig gekoppelt an Lichtenstein und Vorarlberg. Diese Region ist sehr exportstark, dazu gibt es europaweite Untersuchungen. Das zeigt, dass wir in einer Region leben, in der die Wirtschaft eine grosse Kraft hat, was aber nicht wahrgenommen wird von aussen her. Es scheint mir wichtig für die Regierung, dass sie in den Diskussionen nach aussen, zum Beispiel gegenüber

dem Bund bei der Raumplanung, den wichtigen, starken Wirtschaftsraum mit Zahlen unterlegen kann. Schweizweit ist das eine der zweitstärksten Regionen.

Regierungsrat Damann: Es stimmt, wenn man Voralberg dazu nimmt, ist diese Region eine von den stärksten europäischen Regionen. Das ist uns und auch Bern bewusst. Diese Region wurde in Bern wahrgenommen.

Egger-Berneck: Als Rheintaler möchte ich ins gleiche Horn stossen wie Hartmann-Flawil. Das Rheintal ist ein Wirtschaftsmotor der Schweiz. Meine Frage ist, was machen wir konkret, um das noch mehr zu verstärken von Seiten Regierung? Wie können wir das noch mehr fördern bzw. stärker präsentieren gegenüber Bern, damit man uns mehr Gelder spricht? Die Autobahn wird jetzt Gott sei Dank endlich gemacht. Denn das war ein rechter Hosenlupf. Es ist mir extrem wichtig, dass wir uns lernen, uns dort oben zu verkaufen. Darum geht es am Schluss.

Regierungsrat Damann: Wir versuchen natürlich zu organisieren, dass der Bundesrat ab und zu auch in diese Region kommt. Bundesrat Schneider-Ammann hat einmal Rausch angeschaut und war begeistert. Wir müssen versuchen, die Region aktiv zu bewirtschaften, indem wir auch Einladungen machen. Weiter oben im Rheintal im Werdenberg ist die Firma Schölller. Die Wenigsten wissen, dass die Schweiz mit ihren Textilien an der Olympiade am meisten Medaillen geholt hat, das ist eine sensationelle Firma. Wir sind dran, aber es gilt auch hier wieder «steter Tropfen höhlt den Stein» und wir können nicht zaubern. Wir können nur versuchen, dass wir und die Firmen gute Bedingungen schaffen. Beim Thema Innovationspark haben die Firmen im Rheintal zum Teile eine sehr wichtige Rolle.

Abschnitt 1.2 (Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Herausforderungen)

Gut-Buchs: Ich habe noch eine Frage zu Seite 8, zweitletzter Absatz, letzter Satz. Da steht, «dass die Zuwanderung meistens in Berufsfeldern geschieht, in denen kein eigentlicher Fachkräftemangel herrscht». Es würde mich interessieren, ob es dazu genauere Statistiken gibt und ob man etwas dagegen machen kann, um das bewusster zu steuern?

Daniel Müller: Es hat sicher auch mit der Zuwanderung von Flüchtlingen zu tun. In der allgemeinen Ansiedelungsthematik gibt es immer solche Zyklen. Und wie wir sehen, haben wir fast alle Ziele erreicht, ausser der Ansiedelung von neuen Firmen. Dafür ist viel mehr Bestandespflege erfolgt. Ich denke, wenn man neue Firmen ansiedelt, zieht man auch viele hochqualifizierte Fachkräfte an, die dann exponentiell wachsen. In der Bestandespflege ist es anders. Da verändert sich das bisher nicht so schnell. In Zukunft, wenn mehr automatisiert wird, wird es wahrscheinlich auch in unseren Strukturen mehr Fachkräfte brauchen. Die produzierenden Betriebe sind jetzt schon sehr stark unterwegs in der Automatisierung. Sie werden weiterhin Fachkräfte brauchen und teilweise auch aus dem Ausland anziehen müssen.

Gut-Buchs: Es ist für uns als Gemeinden in dieser Region von einer gewissen Relevanz. Darum würde es mich interessieren, ob es da Zahlenmaterial gibt.

Regierungsrat Damann: Antworten zu dieser Frage werden wir mit dem Protokoll nachreichen.

Hartmann-Flawil: Auf Seite 8 unten und Seite 9 oben ist die Rede von Abwanderung der Fachkräfte und Fachkräftemangel. Die Abwanderung wird im Bericht immer wieder erwähnt in unterschiedlichen Schattierungen. Ich glaube, es ist ein Grundproblem, das wir haben. Ich weiss nicht, ob beim Medical Master von 40 Personen, die ausgebildet werden, 20 bleiben, ob die das dann auffangen können. Es wäre sinnvoll, zu wissen, welche Faktoren sind es tatsächlich, die dazu führen, dass man abwandern muss?

Regierungsrat Damann: Daran arbeiten wird. Zum Beispiel bringen die Universitäten ihre Abgänger mit Firmen zusammen. An der OFFA werden Jüngeren verschiedene Berufe vorgestellt und gezeigt, was man alles in unserer Region machen kann. Das ist uns ein Anliegen und wir arbeiten mit der Fachhochschule und der Universität zusammen. Mit «Fachkraft» sind nicht nur die Hochschulabsolventen gemeint, auch ein Lehrling ist eine Fachkraft. Es gibt sie auf jeder Stufe. Und wir haben auf jeder Stufe eher zu wenige. Wir versuchen effektiv, einen Riegel zu schieben. Aber das ist nicht ganz so einfach.

Daniel Müller: Es gibt eine Initiative, gemeinsam den Arbeitsplatzstandort zu stärken und dem Fachkräftemangel in der Ostschweiz entgegenzuwirken, der Verein «Ostwärts»². Es geht darum, dass man Fachkräfte zurückführen oder hierbehalten könnte. Im Bereich Gründen ist für mich auch noch ein grosses Thema, wie man die Leute, die eine Firma gegründet haben behalten kann, wenn sie beginnen, Gewinn zu machen, also zu verhindern ist, dass sie dann abwandern.

Hartmann-Flawil: Zum Satz auf Seite 9 oben «... Arbeitsplatzstandort ... als weniger attraktiv wahrgenommen wird». Und ich glaube, dieser Satz kommt auch an anderen Orten im Bericht vor. Ich habe noch nie konkret gehört, was weniger attraktiv ist oder warum es weniger attraktiv wird.

Schorer-St.Gallen: Ich möchte dazu eine Ergänzung machen. Die Veranstaltung und Aktivitäten von Ostwärts usw. sind sehr begrüssenswert. **Was mir aber in dem ganzen Bericht fehlt, sind die ergänzenden Rahmenbedingungen.** Es ist der Mensch, der hierbleiben will. Es ist der Lebensraum, den er vielleicht zu wenig attraktiv findet. Es ist die Familie, die sich wohlfühlen muss. Es ist der Partner oder die Partnerin, die sich wohlfühlen müssen. Ich glaube, die Standortförderung täte gut daran, wenn sie noch mehr in diesem Bereich machen würde. Mit den Grossanlässen kann man neue Arbeitskräfte gewinnen. Aber es fehlt die Betreuung rundum. In anderen Regionen, wie Zürich, gibt es Vereinigungen, die sich darum kümmern. Die gibt es bei uns nicht. Vielleicht wäre es an der Zeit, von der öffentlichen Hand her so einen Anschub zu machen und die Attraktivität herauszuschälen. Viele sind sich der attraktiven Vorteile, die ein Kanton St.Gallen hat, wie Lebenshaltungskosten und so weiter, nicht bewusst.

Gut-Buchs: Ich möchte aus Sicht der Gemeinden das Votum unterstützen. Es wäre auch für uns extrem wichtig, vertiefter Bescheid zu wissen, was eigentlich heute die wirklich relevanten Standortfaktoren für Fachkräfte und die Familien der Fachkräfte sind. Dann könnten wir ein bisschen gezielter das ganze Umfeld und die Infrastrukturen, wie z.B. Kinderhort, managen. Diverse Gemeinden machen periodisch durchgeführte Zuzüger- und Wegzüger-Befragungen. Eine gemeinsame Datenbasis könnte noch breiter dienen.

Schorer-St.Gallen: Ich meine, man kennt die Vorteile, man kommuniziert aber zu wenig.

² Digitale Vernetzungsplattform für die Ostschweiz: <https://eb-ost.ch/>.

Daniel Müller: Es ist wichtig, die Frage zu beantworten, warum wandern die Fachkräfte ab? Denn die kennen ja die lokale Infrastruktur grundsätzlich und wissen, wie attraktiv diese ist oder nicht. Also hat es doch irgendetwas mit der Attraktivität des Arbeitsplatzes oder irgendeiner Unzufriedenheit der Familie zu tun. Wenn wir verstehen, warum das so ist, ist das die Basis für die Definition von geeigneten Massnahmen, was wir unternehmen müssen.

Kommissionspräsident: Die erwähnten Umfragen der Gemeinden sind aktuell ein Thema im Verband der St.Gallischen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP). Heute Morgen war es auch ein Thema in der Sitzung der «Regio». Ausgangspunkt war eine von den Zürchern lancierte Umfrage. Aktuell sind der Geschäftsführer der VSGP und seit heute Morgen auch der Geschäftsführer der «Regio» mit diesem Thema unterwegs. Da wäre es sicher gut, sich kurz-zuschliessen, wer welche Informationen hat und wer was macht.

Egger-Berneck: Auf Seite 9 oben im letzten Abschnitt geht es darum, dass sich die «Firmenansiedlungen aus dem Ausland in die Schweiz ... gegenüber dem Jahr 2005 halbiert» haben. Die aufgeführten Gründe sind immer die gleichen. Mich würde vielmehr interessieren, was die Strategie ist, um das aufzuhalten, um das wieder attraktiver zu machen? Die Masseneinwanderungs-Initiative ist ein Volksentscheid, das gilt es zu akzeptieren. Was machen wir aus den gegebenen Verhältnissen heraus, um Verunsicherung beizulegen und die Ansiedlung wieder attraktiv zu gestalten?

Daniel Müller: Wir von der Standortförderung können nicht alle Rahmenbedingungen beeinflussen. Es hat z.B. mit der Währung zu tun: Bei der euro- und exportorientierten Wirtschaft ist es weniger interessant, von hier aus zu exportieren, wenn von irgendwo anders aus viel günstiger exportiert werden kann. Das verändert sich jetzt, da gibt es eine Entspannung, aber wir können es nicht direkt beeinflussen. Wegen der kürzlich erfolgten Steuerreform in den USA sind derzeit amerikanische Unternehmen nicht sehr an einer Ansiedlung in die Schweiz interessiert. Oder die Wegzugbesteuerung in Deutschland ist ein Grund, warum sie nicht hierherkommen. Das sind Rahmendingungen, die wir nicht beeinflussen können. Es gibt einfach so Zyklen. Ich glaube, jetzt kommt ein Zyklus, der tendenziell eher ein wenig anziehen könnte. Nichts desto trotz, wir müssen immer schauen, dass wir irgendwie im Bereich Rahmenbedingungen etwas machen können, um den Kanton bereit zu haben, also die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Kanton interessant bleibt. Und das passiert. So prüfen wir beispielsweise gute Rahmenbedingungen für Start-up-Unternehmen und dafür, dass sie sich in der, in der sie Gewinn machen, definitiv hier niederlassen.

Looser-Nesslau: Ich habe noch eine Anschlussfrage. Seit 2015 nehmen die Ansiedlungen ja in der Schweiz eher wieder zu. Wie ist das im Kanton St.Gallen? Ist das immer noch rückläufig oder nimmt das jetzt wieder zu.

Daniel Müller: Nein, in den letzten 3 Jahren war es immer rückläufig im Kanton St.Gallen. Man spürt jetzt, dass es wieder zunimmt. Vielleicht hinken wir da in der Ostschweiz ein bisschen der Schweiz nach. Man bewegt sich aber schon grundsätzlich im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Mich würde es das jetzt erstaunen, wenn wir vier Jahre hinterherhinken würden.

Abschnitt 1.5.1 (Richtplan Kanton St.Gallen)

Luterbacher-Steinach: Ich habe eine Frage zum Bevölkerungswachstum. Wie wollen wir es machen, dass gleichzeitig das Verhältnis der Beschäftigtenzahl erhöht wird? Wie geht das?

Regierungsrat Damann: Das Ziel ist, dass die Arbeitsplatzzahl zunimmt, d.h. mehr Arbeitsplätze schaffen können. Und das ist eigentlich gesamtschweizerisch das Ziel, nicht nur im Kanton St.Gallen. Die Schweiz hat es im gleichen Rahmen festgelegt. Umgesetzt wird das mit Ansiedeln und Vergrössern der bestehenden Firmen.

Zoller-Quarten: Ich hätte auch ein Anliegen in diesem Zusammenhang. Wir hatten bereits mehrfach indirekt mit der Raumplanung zu tun. Mir fällt auf, es ist eigentlich immer ein anderes Departement zuständig, obwohl die Raumplanung zum Baudepartement gehört. Wir erleben Vorlagen in Kommissionen, die von zwei oder sogar drei Departemente vertreten werden, weil das Thema übergreifend ist. Und ich bin der Meinung, die Raumplanung spielt bei der Standortförderung eine grosse Rolle. Daher sollten in Zukunft auch die Raumplaner des Baudepartements am Tisch sitzen. Vor allem sie sollten sensibilisiert werden. Was nützt es, wenn das Volkswirtschaftsdepartement Impulse gibt und diese dann irgendwo im Baudepartement verpuffen.

Kommissionspräsident: Das ist ein guter Input. Ich werde das so aufnehmen. Ich muss sagen, das war auf die Vorbereitung auf die heutige Beratung gar kein Thema. In der Mittagspause haben sich Diverse gemeldet, sie wären dann in 4 Jahren wieder dabei, sie sollen sich das hinter die Ohren schreiben, dass man rechtzeitig daran denkt, die Raumplanung zur Vorberatenden Kommission einzuladen.

Abschnitt 1.5.2 (Arealentwicklung für wirtschaftliche Schwerpunktgebiete und strategische Arbeitsplatzstandorte)

Hartmann-Flawil: Wir haben mit den Unterlagen zur Sitzungseinladung die Auszüge aus dem Richtplan zu den wirtschaftlichen Schwerpunkten und den strategischen Arbeitsplatzstandorten erhalten. Aufgrund eines konkreten Beispiels ist jetzt die Frage aufgetaucht, wie man die Zonen, die sich als strategischen Arbeitsplatzstandorte eignen, umzonen will, vor allem die wirtschaftlichen Verstärkungsgebiete und die grösseren Flächen. Ist der Richtplan insoweit verbindlich für das zuständige Departement? Das wäre jetzt auch noch so eine Frage, die eigentlich das Baudepartement beantworten müsste. Sind die Gemeinden auf der Basis des Richtplans frei sind, das zu verändern? Wir haben immer das Problem, dass sich viele Gemeinden verzetteln, überall ein bisschen Gewerbe-, Industriezone oder Arbeitszone. Man muss anfangen die Flächen zu konzentrieren, grössere Flächen zu schaffen für Ansiedlungen. Ich bezweifle, dass das in der Realität gemacht wird. Darum die Frage: Wie wird das umgesetzt vom Baudepartement?

Regierungsrat Damann: Der Richtplan ist verbindlich. Es gibt immer wieder einmal Gebiete, bei denen man ein Entwicklungspotenzial feststellt, die aber noch nicht im Richtplan erfasst sind. Diese müssen erst aufgenommen werden. Wir sind in engem Kontakt mit dem Baudepartement.

Hartmann-Flawil: Heisst das, er ist auch verbindlich für die Gemeinden?

Regierungsrat Damann: Wir haben drei Gemeindepräsidenten hier. Aus meiner Sicht ja.

Daniel Müller: Ich möchte das Vorgehen erklären. Wir von der Standortförderung identifizieren eigentlich nur gewisse Flächen und versuchen, das Potenzial zu erkennen. Aber am Schluss ist verbindlich und federführend, wie das ARE dann die Zonen bestimmt (Genehmigung Richtplan durch Regierung). Die Vorschläge kommen über die Regio und dort werden die Interessen der Gemeinden gebündelt. Am Schluss ist das verbindlich. Wir können da keinen Einfluss nehmen, am Schluss ist es das ARE, das entscheidet. Unsere Rolle ist es einfach, mithelfen, Areale für strategische Standorte zu identifizieren, damit sich die Gemeinden nicht total verzetteln. Gemeinden, die schon bereit sind, helfen wir, weiterzuentwickeln. Gemeinden, die noch nicht bereit sind, helfen wir, mittelfristig einzuzonen. Wir stehen wirklich in enger Verbindung mit dem ARE Die Leute, die bei uns das machen, wissen schon relativ genau, was möglich ist und was nicht möglich ist und stimmen das schon früh mit dem ARE ab.

Gildo Da Ros: Es ist noch ein bisschen mehr, als eine Abstimmung. Die Gesamtüberarbeitung Richtplan ist ja am Laufen. Beim Teil «Landschaft», der jetzt initiiert wurde, hat das Volkswirtschaftsdepartement zusammen mit dem ARE den Lead. Das gleiche gilt bei «Siedlung und Verkehr». Da waren wir ja auch in den Ausschüssen vertreten. Ebenso ist es mit den «Arbeitsplatzstandorten». Da war der Leiter des AWA im Ausschuss und hat massgeblich mitgearbeitet. Und ich möchte noch deutlich sagen, der Richtplan ist behördenverbindlich. Es ist nicht das ARE, sondern die Regierung, die ihn genehmigt.

Abschnitt 1.5.3 (Entwicklungsschwerpunkt Wil West)

Freund-Eichberg: Wie wird das umgesetzt? Man spricht ja von den nächsten 25 Jahren. Ist die Wirtschaft wirklich interessiert und was macht man da konkret?

Regierungsrat Damann: Da sind wir noch relativ in einer grünen Phase des Projekts. Verschiedene Meinungen waren vorhanden. Eine davon war, dass man es mit dem Thurgau zusammen macht. Es liegt ja alles auf Thurgauer Boden. Dem Kanton St.Gallen gehört aber das Land, das wir hier vorsehen, der Psychiatrie-Guts-Betrieb, ein Überbleibsel aus alten Klosterzeiten. Jetzt hat man aber entschieden – und damit sind die Thurgauer meines Wissens einverstanden – dass wir es als St.Galler alleine machen. Die Planung ist jetzt im Augenblick, dass wir vermutlich eine AG gründen, die das Land übernimmt. Dann muss man das professionell aufgleisen, denn wir können das nicht vom Kanton aus. Daniel Müller ist im Projektausschuss. Die Umsetzung hätte verschiedene Konsequenzen (Verlegung der Frauenfeld-Wil-Bahn und neuer Bahnhof, neuer Autobahnanschluss Wil-West). Andererseits ist es ein Entwicklungsgebiet, das sensationell sein kann. Daniel Müller kann vielleicht noch sagen, wo wir genau im Projekt stehen.

Daniel Müller: Es gab ein Treffen mit der Regio Wil, der Geschäftsstelle für Wil West. Aktuell wird darüber diskutiert, wie wir die neue Projektorganisation ideal gestalten und welche Player dabei sein müssen, damit das Projekt vielversprechend wird. Zum einen kommt jetzt die nächste Phase der Vermarktung des Areals. Dazu sind die Standortförderungen der Kantone Thurgau und St.Gallen gefragt (vernünftiger Marktpreis, Arealentwicklung, Erschliessung, usw.).

Zoller-Quarten: Wie ist denn die steuerliche Situation, wenn man quasi auf fremdem Gebiet Unternehmen ansiedelt. Obwohl der Kanton St.Gallen die die Planung macht und die Investitionen tätigt, profitiert der Kanton Thurgau?

Regierungsrat Damann: Das ist so und das können wir nicht ändern. Es war die Diskussion, ob man das ändern könnten, wenn der Thurgau mitmachen würde. Wir haben gesagt, das ist zu kompliziert. Beide Kantonsräte müssen dann jeweils Ja sagen. Darum haben wir jetzt entschieden, dass St.Gallen das alleine macht. Aber die Steuern sind dann natürlich die Einnahmen des Thurgau. Weil das Gebiet so an der Grenze zu Wil liegt, hoffen wir, dass Personen dann im Kanton St.Gallen wohnen und wir dort Steuern einnehmen, von der Wohnbevölkerung.

Zoller-Quarten: Aber der Thurgau profitieren dann dreifach. Sie müssen keinen Beitrag leisten, haben die Steuereinnahmen von den Unternehmen und geschätzt die Hälfte der Leute, die dort arbeiten, versteuern im Kanton Thurgau.

Gildo Da Ros: Es ist schon nicht so gemeint. Man hat in einer frühen Phase alle diese Optionen geprüft. Es ist übrigens auch eines von diesen Projekten, wo man echt einmal in einem funktionalen Raum denkt, was von allen immer gewünscht ist. Der Steuerertrag der juristischen Personen, ist im Verhältnis zu den natürlichen Personen nie so hoch zu gewichten. Das Filetstück des Grundstücks ist auf St.Galler Seite, wo es Überbauungen auf St.Galler Boden hergeben wird. Und der Haupttreiber des ganzen Projekts war auch die Umfahrung von Wil, beziehungsweise die Situation an der Schwanen-Kreuzung. Ohne diese Entwicklung würden wir es auch nicht schaffen. Im Vorfeld wurden alle Kosten angeschaut, auch die der Verlegung von Bahnen, die Abgeltungsbeiträge von den Bahnen usw. Man ist zum Schluss gekommen, dass der beste und einfachste Weg ist, es so zu machen, wie man es jetzt aufgleist. Sogar die Option einer Verschiebung der Kantons Grenzen wurde geprüft. Aber das hat man am Schluss alles verworfen. Sie müssen es funktional anschauen, wie es die Regierung in der Schwerpunktplanung definiert hat. Also, wenn es am Schluss wieder nur darum geht, welcher Kanton welche Steuereinnahmen hat, dann entwickelt man solch ein Gebiet nie. Das war die Intention und es ist wirklich einmal ein positives Projekt, bei dem die zwei Kantone gut zusammenarbeiten.

Zoller-Quarten: Das funktioniert vor allem für den Thurgau. Meines Wissens gibt es im Kanton Jura und Solothurn Beispiele, bei denen die Gemeinde in Grenzgebieten Industriegebiete entwickelt und die Steuerhoheit quasi auf freiwilliger Basis abgetreten haben.

Gildo Da Ros: Der Kanton Thurgau bringt natürlich auch viel, diese riesige Fläche. Die Zusage zu dieser Zone ist uns sehr viel wert ist. In gewissen anderen Gebieten haben sie Auszonungen gemacht. Also, ich würde jetzt sagen, da ist nicht der Profiteur der Kanton Thurgau, sondern die ganze Region. Und am Schluss – behaupte ich jetzt – dass beide Kantone vom Ganzen profitieren werden.

Abschnitt 2.1.1 (Metropolitanraum)

Gut-Buchs: Gerne würde ich mich nochmals vergewissern über zwei Sachen. Das eine wäre die Frage der verbindlichen, jährlichen Berichterstattung seitens der Regierung zum jeweils aktuellen Stand. Und das zweite wäre das Thema Mitberücksichtigung Agglomeration Werdenberg-Lichtenstein. Ich weiss nicht, ob ich einen formellen Antrag stellen muss. Mir wäre es wichtig, dass es zumindest im Protokoll steht. Und Ihre Reaktion von heute Morgen darauf war ja klar, Regierungsrat Damann.

Kommissionspräsident: Dazu kann zuhanden des Protokolls Regierungsrat Damann noch etwas sagen. Auch als Wiederholung zum Morgen. Ich glaube, das Instrument der departementsübergreifenden Berichterstattung, wäre der jährliche Geschäftsbericht der Regierung. Wenn wir das heute zuhanden des Protokolls sagen und der anwesende Regierungsrat das wohlwollend unterstützen würde, müsste nur jemand von dieser Kommission daran denken, wenn dann knapp in einem Jahr der Geschäftsbericht der Regierung kommt, um das darin nachzulesen. Und wenn das dann nicht so ausgeführt ist, wie wir uns das heute wünschen oder heute diskutiert haben, müsste man dort die kritischen Fragen stellen. Aber ich glaube, wir müssen nicht einen neuen Bericht erfinden, denn es ist ein klares Geschäft der Regierung. Aber ich lasse mich da auch gerne von einem anderen Vorschlag überzeugen.

Regierungsrat Damann: Ich bin der Meinung, das können wir sicher so aufnehmen, dass wir, weil drei Departemente betroffen sind, **im Geschäftsbericht der Regierung oder in den Berichten «Stand der Bearbeitung der gutgeheissenen parlamentarischen Vorstösse» bzw. «Stand der Erfüllung der Aufträge des Kantonsrates aus Vorlagen und Berichten» kurz sagen, was läuft beim Metropolitanraum, bzw. wo wir stehen.**

Kommissionspräsident: Natürlich inklusive dem, was wir heute Morgen diskutiert haben, was auch andere Player, wie die Regio usw. machen. Also, nicht nur das, was die Regierung in der Kernaufgabe macht, sondern auch das, was generell läuft zu dem Thema.

Gut-Buchs: Nun bitte ich noch um eine Aussage zur Frage der Berücksichtigung der Agglomeration Werdenberg-Lichtenstein.

Regierungsrat Damann: Ursprünglich hiess es Dreiländer, jetzt heisst es Vierländer. Das Liechtenstein ist auch interessiert daran und für uns ein wichtiger Partner. Da pendeln ja unsere Bewohner rüber und die Vorarlberger pendeln zu uns. Und darum glaube ich, ist das ein ganz wichtiger Punkt. Und da kann ich schon sagen, dass wir auch mit dem Liechtenstein rechnen.

Kommissionspräsident: Gut, dann nehmen wir das zuhanden des Protokolls und auch zu weiterführenden Diskussionen in diesem Thema.

Abschnitt 2.1.21 (Optimierung Tourismusstrukturen)

Kommissionspräsident: Dann komme ich zu einem weiteren Punkt, den wir heute schon ausführlich angeschaut haben, zur Tourismusstruktur. Hier ist Einiges gelaufen in den letzten vier Jahren, nicht nur seitens der Regierung, auch Seitens des Kantonsrates. So hat sich die Finanzkommission darüber geäussert, wohlwollend, einmal aber auch sehr kritisch. Auch die staatswirtschaftliche Kommission hat sich dazu geäussert. Deshalb stellt sich die Frage, wie wir weiter mit diesem Thema umgehen. Wenn ich die Diskussion von heute Morgen zusammenfasse, ist es nicht gut, vier Jahre zuzuwarten und erst dann zu bewerten. Wir erwarten explizit, dass das, was jetzt aufgelegt ist, bis zum 1. Januar 2019 umgesetzt werden muss. Möchte dazu noch jemand das Wort?

Hartmann-Flawil: Ich glaube, man sieht in der Entwicklung der letzten vier Jahre, dass es ein sehr schwieriges Thema ist, das immer wieder hin und her geht und Fortschritte und Rückschritte hat, und, dass man jetzt wirklich auch dazu kommen sollte, Nägel mit Köpfen zu machen. Eine Möglichkeit wäre, dass wir im Vorfeld, zum Beispiel an der Novembersession, eine Information der

Regierung zum Stand auf einem blauen Blatt bekommen. Eigentlich müsste zu diesem Zeitpunkt klar sein, ob die Umsetzung auf Anfang 2019 klappt oder nicht. Je nach Rückmeldung könnte der Kantonsrat allenfalls auch entsprechend reagieren. Wenn es nicht klappen würde, dann geht es auch darum, was passiert mit den Beiträgen? Wie werden die Leistungsvereinbarungen weitergeführt? Mir wäre es noch wichtig, hier einen gewissen Druck aufrecht zu erhalten, dass man zu einer Lösung kommen muss. Nicht nur auf den Kanton, die Beamten im entsprechenden Amt, sondern auch auf den DMUs.

Regierungsrat Damann: Damit es nicht unbedingt ein blaues Blatt braucht, könnte ich das ein Versprechen machen. Das Geschäft ist im September in der zweiten Lesung. Dann könnte ich eine kurze Ausführung vor dem Parlament machen würde, wo wir stehen.

Hartmann-Flawil: Ich möchte nicht einfach mündliche Ausführungen, sondern ich möchte das nachlesen können. Es genügt ein kurzer Text. Das würde eine andere Qualität geben.

Kommissionspräsident: Ich schaue jetzt zum Parlamentsdienst. Man könnte eine unkonventionelle Art wählen, einen Mix aus den Sachen, die jetzt gewünscht wurden. Denkbar wäre, dass **die Kommission offiziell auf die 2. Lesung Ausführungen zum Projektstand fordert**. Dann wäre es auch parlamentarisch quasi abgehakt und ich hätte als Präsident eine Aufgabe. Dafür müsste ich die Kommission nicht mehr einberufen zwischen der 1. und der 2. Lesung. Aber in der 2. Lesung müsste ich ein Informationspapier erwähnen können. Dann haben wir eine Schriftlichkeit, wie sie von Hartmann-Flawil gewünscht ist und wie sie Regierungsrat Damann erwähnt hat. Und ob es noch verbale Ausführungen im Kantonsrat braucht, sieht man dann im Inhalt dieses Papiers.

Gerda Göbel-Keller: Ist das ein Auftrag?

Kommissionspräsident: Das ist ein Auftrag, der nicht heute, sondern in der 1. Lesung an die Kommission gegeben wird. Und wir haben den bereits schon so entgegengenommen und werden in der 2. Lesung nochmals darüber sprechen. Das heisst, in der 2. Lesung gibt es sicherlich eine Wortmeldung von mir, in der ich für die **schriftliche Information des Volkswirtschaftsdepartements an die Kommission** danke und über den Inhalt berichte. Aber man muss nicht irgendetwas zurückschicken in die Beratung, sondern wir können das heute schon vorsorglich beschliessen.

Freund-Eichberg: Ich möchte das unterstützen. Nach all den eher kritischen Voten muss man auch festhalten, was machen wir dann, wenn es nicht rechtzeitig umgesetzt wird. Darüber müssen wir jetzt auch diskutieren. Müssen wir dann sofort eine Intervention machen? Oder was macht die Regierung dann?

Kommissionspräsident: Ich erlaube mir, aus der Parlamentarier-Sicht eine Antwort zu geben. Wenn wir bis September nicht erhalten, was wir erwarten und heute in Aussicht gestellt wurde, dann müssen wir darüber diskutieren, wie wir das mit dem Versprechen machen. Das kann sein: Nichtberaten in der 2. Lesung, noch einmal zurücknehmen in die Kommission, aus der Kommission heraus einen Auftrag erteilen. Aber ich würde heute nicht schon vorsorglich über Inhalte sprechen, sondern das nur skizzieren, ein bisschen als Drohkulisse an die Verwaltung und die Regierungen.

Regierungsrat Damann: Ich möchte klarstellen, dass die Erwartung, dass die Leistungsvereinbarung mit dem Tourismusrat im September bereits unterschrieben ist, zu gross wäre. Das werden wir dann noch nicht haben, das kann ich jetzt schon sagen. Aber ich kann sagen, dass wir bis im September bereits noch einmal zwei Schritte weiter sein sollten.

Kommissionspräsident: Und man kann dann vielleicht schon sagen, ob es dann im Januar, so wie es heute diskutiert und gewünscht wurde, passiert. Damit wir aber auch klar wissen, dass es alle so wollen, möchte ich kurz darüber abstimmen.

Die vorberatende Kommission stimmt dem Vorschlag des Kommissionspräsidenten (schriftliche Information durch Regierungsrat Damann an die Vorberatende Kommission vor der zweiten Lesung im Kantonsrat über den Stand der Umsetzung der Optimierung der Tourismusstrukturen), mit 15:0 Stimmen bei 0 Enthaltung und 0 Abwesenheiten zu.

Abschnitt 2.2.2.a (Arbeitszonenbewirtschaftung)

Egger-Berneck: Wie sieht genau der Auftritt zur Bewerbung aus? Wie muss ich mir das vorstellen, wie vermarkten wir das Ganze? Das würde mich einfach einmal interessieren.

Regierungsrat Damann: Das ist natürlich sehr unterschiedlich, je nach Gegend, Region. Ich sage es jetzt einmal plakativ, es kann sein, dass eine Firma anruft und etwas will. Dazu ein klassisches Beispiel: Würth wollte eigentlich ursprünglich über einen Vermittler ein Schloss kaufen, als Wohnsitz für sich. Und am Schluss ist er dann gekommen mit der Firma, weil er diesen Standort als schönsten angeschaut hat und gesagt hat: Da wäre es eigentlich für die Firma ideal. Selber ist er dann nicht gekommen.

Daniel Müller: Wir haben ein Portfolio von vorbereiteten Unterlagen, die die Areale beschreiben. Die sind zum Teil auch von den Regio oder den Eigentümern erstellt worden. Immer, wenn eine Firma anfragt, bietet man ihnen diese Flächen an. Unter Umständen geht man diese dann auch zusammen anschauen, wenn es so weit ist. Und wenn es dann den Firmen passt, werden die nicht ganz offensichtliche Kriterien, wie Grösse usw. geklärt. Aber auch thematisch schaut man, ob die Firma passen würde. Wir haben auch eine Immobilienplattform, in der die Flächen erfasst sind. Damit können wir die Flächen bildlich darstellen. Dort, wo man ganz konkret zur Ansiedlung interessierte Firmen hat oder auch bei Expansionen, da sucht man wirklich individuell zusammen, welche Fläche für die Firma am besten geeignet ist und präsentiert diese aktiv.

Egger-Berneck: Gehen sie auch auf Firmen zu, die Flächen haben, die irgendwie entscheidend sind?

Daniel Müller: Auf jeden Fall.

Regierungsrat Damann: Ein weiteres Beispiel: Wenn wir hören, dass eine Firma wie Aepli, Stahlbau und Metallgrosshändler, Gossau, allenfalls Interesse hat, wegzuziehen, dann gehen wir sie natürlich aktiv besuchen und fragen, ob wir etwas helfen können. Auf die Pharmafirma Streuli, Uznach, sind wir ebenfalls aktiv zugegangen, weil wir gehört haben, sie wollen erweitern und hätten Probleme mit dem Bauen. Auch die Firma Berlinger, Ganterschwil (Dopingfläschchen) haben wir aktiv angefragt, ob wir helfen können. Wenn wir etwas hören, haben wir offene Türen.

Daniel Müller: Das Areal «Fegeren» in Buchs ist jetzt aktuell. Dazu gibt es eine Website, die erstellt wurde, um das Areal zu vermarkten, damit die Leute es auch finden. Man schaut immer, welches ist das geeignete Tool für dieses Areal und nutzt alle möglichen Kanäle, um es zu vermarkten.

Abschnitt 2.2.3.b (Switzerland Innovation)

Kommissionspräsident: In diesem Abschnitt werden die KTI- bzw. Innosuisse-Projekte (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung) erwähnt. Die KTI heissen ja heute nicht mehr KTI, sondern Innoswiss. Eine Subkommission der Finanzkommission hat einmal darüber gesprochen und musste feststellen, dass sich diese Parameter massiv geändert haben. Die Konsequenz ist, dass man praktisch nicht mehr an diese Mittel herankommt. Die Begründung ist, dass die Neuorganisation sich an EU-Normen anpassen musste. Wie gesagt, die Finanzkommission ist an diesem Thema ebenfalls dran. Das wird man im Gesamten diskutieren müssen. Kann heute das VD etwas sagen? Ist das Thema bekannt? Im Bildungsdepartement (BLD) das auch mit diesem Thema zu tun hat, war es noch nicht bekannt und haben sich nur die entsprechenden Referenten geäussert.

Monika Beck: So, wie Sie das jetzt formulieren, ist uns das nicht bekannt. Am Beispiel vom RhySearch haben sie dieses Jahr neu wieder zwei Projekte via Innosuisse bewilligt erhalten.

Regierungsrat Damann: Davon, dass man keine Projekte mehr bekommen sollte, haben wir jetzt auch nie mehr etwas gehört. Da könnte man aber Herrn Bona auch noch fragen.

Hartmann-Flawil: Es gibt da allenfalls eine gewisse Verwirrungsgefahr. Der Bund gibt die Finanzierung für die Fachhochschulen, für die Lehre und für angewandte Forschung und Entwicklung neu in einen Pool. Früher wurde das Geld bereits vom Bund aufgeteilt, heute nicht mehr. Der Betrag ist immer noch gleich, wenn nicht sogar höher. Jetzt müssen die Fachhochschulen und die Angewandten Forschungsbereiche selber aufteilen, wo sie das Geld einsetzen. Dort gibt es Schwierigkeiten, wie man das handhaben soll.

Kommissionspräsident: Ich denke, **im Sinne der Sache wäre es gut, wenn sich die Leute des VD mit denjenigen des BLD aussprechen würden.** In der Finanzkommission hatte der Controller der FHO referiert und es haben diverse Anwesende grosse Augen gemacht. Die Finanzkommission wird im Juni in einer separaten Sitzung die **Finanzierung der Hochschulen** thematisieren. In der Vorberatung waren die KTI, beziehungsweise die Innosuisse, ein Thema. Ob man etwas machen kann, auf Stufe Kanton ist dann die andere Frage. Aber im Sinne der Standortförderung ist es sicherlich ein wesentlicher Aspekt.

Abschnitt 2.2.3.a (Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal «RhySearch»)

Hartmann-Flawil: Ich hätte noch eine Frage zum «RhySearch». Wir haben dazu den Kredit gesprochen. Meine Frage ist, wie man unterwegs ist? Denn es ist wichtig, dass die Vernetzung, die unter «Innovation» umschrieben ist, zum Fliegen kommt. Und darum wäre meine Frage, entwickelt sich das jetzt zum Positiven?

Gildo Da Ros: Seit diesem Jahr bin ich nicht mehr im Verwaltungsrat, aber ich hatte diese Woche noch eine Sitzung mit dem Verwaltungsratspräsidenten, wo wir die letzten Details der Übergabe

geklärt haben. Sie sind auf Kurs, wie es Monika Beck schon angesprochen hat. Wir haben gerade jetzt wieder zwei neue KTI-Projekte bekommen. Der Anspruch auch vom Parlament war, die Drittel-Lösung zu erreichen: Staatsbeiträge, Drittfinanzierte und direkte KTI-Projekte. Die Drittlösung wird wahrscheinlich schwierig zu erreichen sein. Uns ist aber wichtig, dass ein Franken vom Staat und zwei Franken von der Wirtschaft generieren werden. Nach den Aussagen von Ueli Göldi rechnen sie damit, dass im 2020/21 die erwartete bzw. angestrebte Lösung oder Drittelsteilung erreicht werden kann. Es sei nach wie vor ein rechter Kampf und habe zum Teil, wie es in der Forschung ein wenig ist, mit Zufälligkeiten zu tun. Sie hätten jetzt aber gerade bei den Oberflächenlasern neue Geschäftsfelder herausgefunden, wo sie jetzt wieder Zusatzaufträge aus der Wirtschaft bekommen haben. Es läuft auch relativ gut, also es wird bekannter. Und KMUs, insbesondere aus dem Rheintal, machen mit. Ein wesentlicher Punkt ist, dass sich der Verwaltungsrat neu zusammengesetzt wurde. Und da ist auch ganz wichtig, dass «Industriecracks» mitarbeiten. Die müssen das Netzwerk haben. Das ist übrigens auch ein Hinweis an Sie, dass es, wenn wir dann wieder einmal die PCG-Vorlage diskutieren, nichts nützt, wenn wir da Verwaltungsleute oder Funktionäre aus Verbänden usw. reinstecken. Das müssen Industrie-Profis sein, COEs, sonst bringen wir diese Projekte nicht auf den Boden. Das wäre noch ein Wunsch von mir an Sie, dass Sie da einfach auch ein bisschen schauen. Diese Sachen müssen weg von der Verwaltung, sonst kommen die nicht zum Fliegen. Aber auf Ihre Frage, wir sind sehr zuversichtlich, dass wir die investierten Mittel vom Kanton St.Gallen und dem Fürstentum, so wie wir es versprochen haben, umsetzen können.

Kommissionspräsident: Als Vertreter der IHK habe ich selber die Leitung des Unterstützungsvereins «RhySearch» und kann die Voten, die wir jetzt gerade gehört haben, entsprechend nur unterstützen. Wir verfolgen das vom Unterstützungsverein natürlich genau gleich kritisch mit, als Vertreter der Wirtschaft.

Abschnitt 2.2.5.a (Standortpromotion, Zielmarkt und Marktzugang)

Kommissionspräsident: Ich habe dazu eine Frage an die Verwaltung. Die SGBA richtet sich vor allem nach aussen. Das ist in der Botschaft so ausgeführt. Man hat vielfach die Wahrnehmung, dass es innendrin zu wenig läuft. Vielleicht können Sie dazu noch ein paar Sätze ergänzen. Was ist Sinn und Zweck der SGBA? Braucht es sie überhaupt noch? Immer betrachte im Kontext mit «Greater Zurich Area». Ob dort alles gut oder nicht gut ist, ist eine andere Debatte. Aber es ist einfach etwas Anderes.

Daniel Müller: Die SGBA ist eine Vereinigung der Kantone Thurgau, beider Appenzell und St.Gallen. Das ist ein Gefäss, das in dieser Ecke sehr gut funktioniert und wir sprechen jetzt nur von der Promotion im Ausland. Wir sind relativ bescheiden im Budget unterwegs zum Markenpflegen. Viel mehr Wert ist aber, dass wir Kantone uns immer absprechen mit der Promotion und auch gemeinsam unterwegs sind. Das heisst, wir teilen uns auch gewisse Zielmärkte auf innerhalb von diesen vier Kantonen. Das funktioniert sehr gut. Das heisst, die Anfragen werden intern miteinander diskutiert und wir schauen, welcher Kanton kann da das beste «Proposal» liefern, um die Anfrage zu beantworten. Und ich glaube, wenn es eine interkantonale Zusammenarbeit gibt, die richtig gut funktioniert, dann ist es das in diesem Bereich Promotion. SGBA als Marke dürfen wir nicht so verstehen, wie «Greater Zurich Area», denn diese ist mit sehr, sehr viel eigenen Mitteln und eigenen personellen Ressourcen bestückt. Das ist die SGBA nicht. Die SGBA ist nur die Vereinigung der Standortförderungen der vier beteiligten Kantone. Ich erlebe die Zusammenarbeit

als sehr konstruktiv und sehr positiv. Ich denke, es macht sehr viel Sinn, so unterwegs zu sein, auch ein bisschen grösser gedacht und nicht nur innerhalb der eigenen Kantonsgrenzen.

Abschnitt 2.2.6 (F5: Internationalisierung)

Hartmann-Flawil: Eine Frage zum ACC Asien, das ja einen Zusammenhang hat mit der Universität St.Gallen. Ich hatte meine Frage vorher noch kurz per Mail geschickt. Ich möchte eine Übersicht, wie wirkungsvoll das ist, weil es das letzte Mal schon eine grosse Diskussion war. Ausserdem möchte ich wissen, ob das ACC allenfalls auch vermittelt, wenn es um den Verkauf von Firmen geht, wie z.B. Syngenta? Letzteres wäre ja jetzt relativ heikel in der ganzen politischen Diskussion. Wie ist da der aktuelle Zustand?

Daniel Müller: Ich habe ja ihre Frage erhalten im Vorfeld. Also, die SGBA als Gefäss finanziert das ACC mit 55'000 Franken jährlich. Der Anteil des Kantons St.Gallen ist 34'000 Franken, Thurgau 11'000 Franken, Appenzell Ausserrhoden 6'500 Franken und Appenzell Innerrhoden 3'500 Franken. Das zur Frage, wie die finanziert werden. Zusätzlich «committet» sich die Universität St.Gallen mit 130'000 Franken, also eigentlich mit einem viel grösseren Anteil. Früher in der alten Vereinbarung 2015 bis 2018 hat man tatsächlich beides versucht. Also, man hat versucht, «Prospects» auch in die Schweiz zu vermitteln und Exportberatung gemacht. In der neuen Vereinbarung, die wir jetzt gerade vor kurzem abgeschlossen haben, bei der ich auch schon dabei war, 2019 bis 2021, ist eigentlich nur noch der Teil KMU-Beratung in der Ostschweiz in der Exportförderung, in der Identifikation der Zielmärkte oder der lokalen Partner in den Zielmärkten enthalten. Der Leistungsauftrag wurde auf die «Outbound»-Geschichten gekürzt. Es gibt kein «Inbound» mehr. Denn wir haben erkannt, es kann nicht sein, dass wir unsere Firmen dann als Filetstücklein quasi fast noch anpreisen. Aber ich glaube, Wirkung und Ertrag ist sehr evident von dem. Es ist extrem wirkungsvoll, wir haben auch tatsächlich sehr viele Beratungsdienstleistungen. Zur Frage des Reporting ist zu sagen, dass halbjährlich rapportiert wird und man sich jährlich trifft und dort einen sehr intensiven Austausch hat.

Abschnitt 2.2.7 (Tourismus)

Freund-Eichberg: Ich habe eine Frage zum dritten Abschnitt «Auf kantonaler Ebene gehen die Kosten der Tourismusförderung zu Lasten der Tourismusrechnung (Spezialfinanzierung)...». Die Infrastruktur wird dann mit den Bergbahnen und so weiter gerechnet. Ich stelle fest, dass wir in der Standortförderung immer relativ intensiv und bewusst über den Tourismus sprechen und diskutiert, aber eigentlich weiss man relativ wenig über den Tourismus im Bereich Standortförderung. Daher möchte ich beliebt machen, dass man **das nächste Mal im Standortförderungsprogramm aufzeigen könnte, mit welchen Instrumenten die Tourismusregionen ihre Infrastrukturen finanzieren und aus welchen Fonds und Kassen**. Dann hätten wir ein wenig mehr Informationen und mehr Transparenz. Denn jetzt gibt man nach meiner Empfindung zum Beispiel Pizol etwas und weiss zwar wohin aber nicht wieso.

Regierungsrat Damann: Bei gewissen Sachen ist es klar gesetzlich geregelt, aus welchem Gefäss wir die Tourismusförderung machen, nämlich weitgehend aus der Spezialfinanzierung, aus dem Tourismuskonto. Es ist gesetzlich geregelt, wie das läuft. Das sind Gelder, die Restaurants und Hotels abliefern müssen. Und dann vor allem das Casino, das ist ein grosser Teil, etwa die Hälfte (rund 1,5 Mio. Franken). Und von dem Geld wird das finanziert. Wir können das im nächsten Bericht in vier Jahren aufzeigen. Dann haben wir es vielleicht einfacher, weil hoffentlich der

Tourismusrat so gut läuft, dass wir nur noch schreiben müssen, wieviel Geld der Tourismusrat aus der Kasse erhält.

Freund-Eichberg: Mir geht es einfach um mehr Transparenz. Man könnte vielleicht auch noch sagen, wenn es gut läuft, dass man mehr Geld gibt. Da wäre ich also wirklich offen. Vielleicht gibt es dann auch das andere, dass man weniger gibt.

Regierungsrat Damann: Im Tourismusfonds liegen 8 Mio. Franken. Wir haben jetzt schon den Betroffenen gesagt, wenn der Tourismusrat gut läuft, sind wir bereit, nicht nur das Geld herauszugeben, das laufend reinkommt, sondern auch den Fonds ein wenig abzubauen. Dazu sind wir gerne bereit, aber es muss auch gut laufen.

Kommissionspräsident: Aus dem Tourismusfonds wird normalerweise nur ausgegeben, was neu eingezahlt wird. Der eigentliche Fondsbetrag wird nicht angetastet. Was Freund-Eichberg jetzt angetönt hat, ist genau die gleiche Debatte, die die Finanzkommission vor etwa 2 Jahren schon mal geführt hat. Und ich glaube, das wäre jetzt der Konsens.

Hartmann-Flawil: Könnte man die Zahlen nicht dem Protokoll anhängen? Die hat das Amt doch. Wie gross ist das Volumen, das jährlich umgesetzt wird?

Kommissionspräsident: Ich denke auch, es wäre gut, das System des Tourismusfonds im Protokoll zu erklären. **Mein Zusatzwunsch wäre, die Entwicklung des Tourismusfonds in den letzten Jahren aufzuzeigen.** Wenn ich jetzt die Zahl 8 Mio. Franken höre, dann muss ich sagen, der Fonds ist wieder ordentlich gestiegen im Vergleich zur Zahl, die ich vor zwei Jahren aus der Finanzkommission noch im Hinterkopf habe. Also, ich würde sagen, man zeigt schnell, was da reinkommt, was rauskommt, im normalen und was ist die Entwicklung.

Daniel Müller: Eine kleine Bemerkung zur Entwicklung und den Projekten, die laufen. Es gibt in den Broschüren Wirtschaft und Arbeit, in den letzten beiden Ausgaben jeweils ein «Tourismus Special». Und darin werden sehr viele Projekte relativ detailliert beschrieben. Also, vielleicht gibt das einen Einblick, welche Projekte von uns unterstützt werden, ob es gut läuft oder nicht gut läuft.³

Freund-Eichberg: Nochmal die Frage zum Tourismus am Pizol. Kann man mir erklären, warum der Pizol jetzt drei Jahre nicht mehr unterstützt wurde? Angeblich, weil es nicht systemrelevant ist. Ich möchte einmal den Unterschied zum Betrieb im Toggenburg hören. Wo geht es, wo geht es nicht?

Regierungsrat Damann: Pizol war nicht ganz ein einfaches Thema. Wir haben dort die Unterstützung aus dem Grund gegeben, weil das Gebiet strukturell verbessert werden muss. Wir verlangen ganz klar vom Pizol, dass er auch etwas machen muss. Er muss die Strukturen ändern. Er muss finanziell nach drei Jahren bzw. in einem Fall nach sechs Jahren mindestens so dastehen, dass der Kanton keine Gelder mehr sprechen muss. Ich habe immer ganz klar gesagt, und zu dem stehe ich und das betone ich auch hier wieder: drei Jahre und dann gibt es nichts mehr. Ob

³ Link zum neuesten Magazin «wirtschaft + arbeit»: https://www.awa.sg.ch/home/Weitere_Themen/Oeffentlichkeit/jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/Magazin%20wirtschaftundarbeit%2001_18.pdf .

die Gemeinden noch weiterhin Gelder geben, das ist dann etwas Anderes. Oben im Sarganserland hat der Pizol eine andere Bedeutung. Ein Drittel der Bevölkerung von Wangs-Flters hat eine Saisonkarte und benützt die Anlage. Der Kanton, das gebe ich zu, hat sich auch ein wenig leiten lassen von der Frage, wollen wir 900'000 Franken bezahlen oder wollen wir drei Mio. Franken verlieren. Im Toggenburg geht es um die Bewilligung von NRP-Geldern⁴. Die waren im Pizol eben schon gesprochen, das sind aber nicht Gelder von uns, sondern das sind Bundesgelder. Wenn die nicht mehr zurückbezahlt werden können, müssen wir die Hälfte tragen, weil wir in der Verantwortung stehen mit dem Sprechen dieser Gelder. Und der Pizol hatte gut sechs Mio. Franken ausstehende NRP-Gelder. Im Toggenburg haben wir gesagt, wenn die nicht zusammenarbeiten, mindestens mit dem gemeinsamen Ticket, geben wir diese NRP-Gelder nicht. Dort fahren sie, davon bin ich 100-prozentig überzeugt, wenn sie so weitermachen, an die Wand. Und dann wären wir wieder der Hängemann. Ich will keinen zweiten Pizol im Toggenburg.

Kommissionspräsident: Gut, kein zweiter Pizol im Toggenburg, das finde ich einen guten Ansatz.

Abschnitt 3.2 (Förderschwerpunkte in der Programmperiode 2019 bis 2022, F1: Arbeits- und Fachkräfte)

Oberholzer-St.Gallen: Es geht ja eigentlich im ganzen Papier um die Fachkräfte, die kommen sollen. Im Grundsatz ist die Aussage, wenn die Gescheiten, die Reichen und Schönen kommen, denen geht es im Prinzip allen sehr viel besser. Wir haben am Anfang darüber gesprochen, dass das BIP pro Kopf im Kanton St.Gallen tiefer ist als im Schweizer Schnitt. Wenn die Standortförderung nun Erfolg hat und die Fachkräfte kommen, dann sieht diese Zahl vielleicht schon ein wenig besser aus. Aber dass sie jetzt tiefer ist, hängt auch damit zusammen, dass ein überdurchschnittlich grosser Teil im Kanton St.Gallen irgendwo im Tieflohnsektor arbeitet. Und selbst, wenn wir mehr Fachkräfte in der Ostschweiz haben, dann nützt das denjenigen, die in diesem Tieflohnsektor sind, einfach gar nichts. Standortförderung ist ja nicht einfach zum Selbstzweck, sondern es soll dem ganzen Kanton nachher bessergehen. Ich würde nicht wagen, zu definieren, wer ist Fachkraft und wer nicht. Aber sicher ist, dass nicht die ganze Welt nur aus Fachkräften besteht. Daher stelle ich die Frage, was macht die Standortförderung zum Beispiel für die Leute, die nicht Fachkräfte sind? Spielen die irgendeine Rolle? Oder konzentriert man eigentlich die ganzen Anstrengungen auf die Leute, die Fachkräfte sind und die tendenziell sowieso schon privilegiert sind.

Regierungsrat Damann: Nochmals: Fachkräfte gibt es auf jeder Stufe. Ein Gipser ist eine Fachkraft, ein Elektriker ist eine Fachkraft, ein Maurer ist eine Fachkraft. Und dann gibt es natürlich auch Personen mit Universitätsabschlüssen, die Fachkräfte sind. Ein bisschen Bauchweh machen uns die Arbeitsplätze, die eher wegrationalisiert werden durch die ganze IT, durch das ganze Computerwesen. Das ist aber kein Thema der Standortförderung, sondern der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV). Dort sind wir schon intensiv dran, denn die Arbeitswelt wird in 10 Jahren nicht mehr so aussehen, wie sie heute aussieht. Es ist uns ein Anliegen, dass wir auch für diese Leute natürlich noch irgendeine Arbeit haben und dass die etwas haben. Wir müssen uns auch bewusst sein, es braucht in 10 Jahren ganz andere Berufsleute, als wir sie jetzt haben. Deshalb müssen wir auch schauen, dass die IT-Bildungsoffensive usw. gut läuft, damit die Leute eine gute Bildung haben, damit sie nicht mehr im untersten Niveau sind, sondern eben auch eine Stufe höher sein können. Aber, das muss ich auch hier drin sagen, es gibt eben auch Leute, die

⁴ Neue Regionalpolitik (NRP): <https://regiosuisse.ch/neue-regionalpolitik-nrp> .

einfach von der Intelligenz her nicht das nötige Knowhow haben. Und mit diesen Leuten müssen wir auch leben können und die müssen wir auch beschäftigen. Aber das ist nicht Thema der Standortförderung, sondern der Arbeitsvermittlung.

Schorer-St.Gallen: Für mich persönlich hängt die IT-Bildungsoffensive mit der Basis der Standortförderung zusammen. Welche Folge- oder Parallel-Aktivitäten sind den geplant in der Standortförderung, um die IT-Bildungsoffensive allenfalls auch als Vermarktungsinstrument oder Standortvorteil zu benutzen?

Regierungsrat Damann: Wir sind auch involviert in dieses Projekt, u.z. relativ stark. Uns ist es wichtig, dass wir das weiterhin sind, denn das ist nicht nur ein Bildungsthema, sondern das muss nachher auch einen Effekt nach aussen geben. Und da sind wir dann wieder gefragt. Wir haben deshalb das Ziel, weiterhin an der IT-Bildungsoffensive aktiv teilnehmen zu können und den Kontakt zu haben. Und es kann, das ist so, also wir versuchen das auch ein wenig in der Bewerbung zu machen, dass wir sagen können, wir sind der erste Kanton, der so etwas macht und relativ viel Geld dafür investiert.

Dobler-Oberuzwil: Beim Fachkräftemangel wird immer davon gesprochen, man soll schauen, was die Arbeitgeber machen, um ihn zu entschärfen. Mir fällt auf, dass mein Sohn, der Treuhandexperte ist, in Zürich bei gleicher Arbeit 30 Prozent mehr verdienen könnte. Wir leben in einem Kanton, der einfach weniger bezahlt. Aber wenn der jetzt fertig ist, entweder bleibt er hier oder pendelt einfach nach Zürich. Denn dort geht die Post ab, im Wirtschaftszentrum der Schweiz. Ich habe ja auch Fachkräfte, ich bin Elektriker. Manchmal muss man als Arbeitgeber ein wenig attraktiv bleiben, das fängt an bei den Löhnen, bei der Grosszügigkeit, beim Arbeitsklima und bei vielen guten Worten. Und dann kann man auch aus einer scheinbaren Nichtfachkraft eine gute Fachkraft zu machen. Christoph Oswald, der frühere Arbeitgeberpräsident hat einmal gesagt: Wir schauen, dass wir nur die besten bekommen. Für mich ist die grosse Befriedigung, wenn ich aus dem Drittbesten den Zweitbesten mache. Und da habe ich jetzt ein paar schöne Fälle gehabt in den letzten Jahren, die jetzt ihre Aufgabe lösen können.

Regierungsrat Damann: Das sehen wir auch so. Firmen, die Lehrling ausbilden, die haben häufig viel weniger Probleme mit dem Fachkräftemangel.

Dobler-Oberuzwil: Ich habe zum Teil Mitarbeiter, die schon seit 30 Jahren im Betrieb arbeiten, zum Teil bis 70-jährig. Und auch die Jungen bleiben, die Fluktuation ist nicht gross. Wir bilden etwa acht Lehrlinge gleichzeitig aus und jeweils die Hälfte davon kann ich nach dem Abschluss behalten. Die bleiben standortgebunden, die heiraten und das funktioniert schon. Ich frage mich, warum haben andere Arbeitgeber Personalprobleme haben. Bei mir funktioniert es.

Abschnitt 3.2.2 und 3.3.2 (Wirkungsziele) und 4.1 (Finanzierung, Sonderkredit)

Hartmann-Flawil: Ich würde gerne den Link machen von den Wirkungszielen zur Zusammenstellung der Kosten, also zu den finanziellen Auswirkungen des Sonderkredits in der Tabelle auf Seite 39. Man sieht in der Tabelle, dass im Bereich Arbeits- und Fachkräfte mit einer relativ kleinen Kelle angerührt wird. Es gibt ja verschiedene Massnahmen, und in der Tabelle steht einfach ein Generalposten pro Jahr für alle gemachten Massnahmen und all die Angebote, die wir machen wollen. Meine Frage ist, ob es die Darstellung auf Seite 39 auch differenzierter gibt? Das

letzte Mal war sie differenzierter. Man konnte drei oder vier Positionen sehen, z.B. welche Veranstaltungen gemacht wurden. Ich gehe davon aus, dass Sie das in der Vier-Jahres-Planung gemacht haben. Ich würde gerne sehen, wie viel wird wo eingesetzt? Denn das gibt uns eine Gröszenordnung, was gesamt gemacht wird.

Kommissionspräsident: Das gibt es sicher. Die Frage ist, gibt es das in einer sinnvollen Form, die man uns zustellen kann? Quasi eine **Detaillierung der Abbildung auf Seite 39?**

Hartmann-Flawil: Genau, das wären dann etwa zwei bis fünf Positionen pro Hauptposition. Das gäbe uns eine Übersicht, wo wird in Franken und Rappen gewichtet. Es genügt, aufzuzählen. Man sieht daraus auch die Bedeutung, die den einzelnen Projekten gegeben wird.

Daniel Müller: Das können wir machen. Es ist halt natürlich so, dass nicht jedes Projekt vier Jahre lang mit der gleichen Intensität in jedem Jahr läuft. Da müssen wir einfach eine sinnvolle Lösung finden. Gewisse Projekte entwickeln wir erst innerhalb von diesen Schwerpunkt-Themen. Wir versuchen auf pragmatische Art, die Tabelle ein bisschen transparenter zu machen und noch einmal ein bisschen aufzubrechen. Man kann schon alle Projekte benennen.

Hartmann-Flawil: Mir geht es bei den Veranstaltungen für positionierte Standorte für Fachkräfte um Folgendes: Wie gross ist der Anteil, den wir für Veranstaltungen planen? Wie viel planen wir? wie viel haben wir da eingesetzt in dieser Periode?

Regierungsrat Damann: Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, dass wir zu den Zielgrössen, die wir aufführen, auch einen Betrag nennen würden?

Hartmann-Flawil: Ja. Zum Beispiel bei der Zeile «Arbeits- und Fachkräfte» ergänzen, wie viel Geld für Veranstaltungen in den verschiedenen Jahren ausgegeben werden soll (z.B. 2019 sind es 30'000 Franken und im nächsten Jahr 60'000 Franken usw.).

Regierungsrat Damann: Wir müssen aber berücksichtigen, dass der Sonderkredit so allgemein berechnet wurde, weil wir jetzt noch nicht alles sagen können. Wir geben Anfangs jeweils nur eine Richtung vor und rechnen nur mit einem Betrag. Und wenn wir jetzt schon anfangen, relativ genau zu detaillieren, finden wir den Weg nicht, weil es uns bindet, wenn wir uns schon so aus dem Fenster lehnen.

Hartmann-Flawil: Beim letzten Mal wurde zum Beispiel eine Summe genannt für den Bereich Netzwerk-Standorte. Gleichzeitig war für uns eindeutig und klar, wenn man das nicht realisieren kann, wird das Geld woanders investiert. Diese Flexibilität bleibt. Aber Ihr habt doch sicher Vorstellungen, wie sich der pauschal genannte Betrag zusammensetzen soll.

Kommissionspräsident: Ich schiele zur Regierung und zur Verwaltung hinüber und sehe, wie man sich so eine Liste in etwa vorstellen könnte. Klar ist, man kann nicht jedes Projekt auf den Rappen ausweisen. Ich denke, der Wunsch von Hartmann-Flawil ist angekommen.

Hartmann-Flawil: Ich möchte zum Beispiel gerne wissen, wenn Sie für Internationale Märkte nächstes Jahr ist 590'000 Franken einsetzen, wo setzen Sie den Grossteil des Geldes ein? Wie setzen Sie das ein? Denn das zeigt mir, wo Sie investieren wollen.

Kommissionspräsident: Ich höre niemanden, der dagegen ist, das zu machen. Aber ich glaube, es wollen alle, dass es pragmatisch gelöst sein soll. Daher bitte ich die Verantwortlichen der Verwaltung um einen Lösungsvorschlag.

Gut-Buchs: Der Kommissionspräsident hat es gut zusammengefasst. Sonst hätte ich jetzt meinem Fraktionspräsidenten gerne widersprochen und gesagt, einen gewissen Freiheitsgrad braucht es bei den Zahlen, eine gewisse Vertraulichkeit. Aber ich glaube, wenn es pragmatisch ist, dann ist das sehr gut.

Abschnitt 3.3.1 (F2: Innovation, Handlungsbedarf)

Gut-Buchs: Der zweite Abschnitt ist für mich ganz wichtig. Dort wünsche ich mir im Protokoll noch ein bis zwei Beispiele für die Verteilung von Bundesmitteln explizit an Metropolitanräume. Ich glaube, das würde uns bei der Argumentation helfen. Dass die Verknüpfung beim ÖV gemacht wird, wissen wir. Dort könnte ich das Dokument sofort zücken.

Gildo da Ros: Ich sehe beim ÖV keinen direkten Zusammenhang.

Gut-Buchs: Doch, dort war der Zusammenhang bei der Qualifikation des Fernverkehrs in der Vernehmlassung explizit drin. Ich kann es Ihnen schicken.

Regierungsrat Damann: Wir kennen das schon, aber St.Gallen ist trotzdem im A-Verkehr erfasst.

Hartmann-Flawil: Wir brauchen ja ein Argumentarium für den Metropolitanraum auch. Beispiele wären hilfreich.

Regierungsrat Damann: Es gibt keine Beispiele, weil Bern bestreitet, dass sie das so machen. Sie sagen, es stimme nicht. Wir haben einfach die Angst es käme so.

Hartmann-Flawil: Beim Fernverkehr haben wir es schriftlich.

Regierungsrat Damann: Ja, dort steht es schon. Aber, obwohl St.Gallen an der Peripherie liegt, sind wir immer noch A.

Gut-Buchs: Okay, aber diese Aussage ist jetzt auch wichtig.

Regierungsrat Damann: Die Raumplanung zum Beispiel behauptet, es gäbe keinen Zusammenhang. Aber wir haben den Eindruck, dass es könnte in diese Richtung gehen. Darum sind wir weiterhin der Meinung, wir müssen in diese Richtung arbeiten.

Gut-Buchs: Ich danke für die Präzisierung und möchte das nicht weiter vertiefen.

Kommissionspräsident: Ich möchte zurückblenden. Vor vier Jahren hat unsere Ständerätin aufgrund ihrer fundierten parlamentarischen Kenntnisse auf den Zusammenhang hingewiesen. Ob das jetzt heute irgendwo schwarz auf weiss geschrieben ist, oder ob es die Philosophie ist, ist nicht so relevant. Aber jetzt wissen wir, dass die Tendenz, so wie sie Regierungsrat Damann ausgeführt hat, in diese Richtung geht.

Monika Beck: Darf ich noch eine ganz kleine Ergänzung machen. Ich unterstütze, was Regierungsrat Damann sagt. Auffallend ist aber auch, dass in den Verwaltungsräten von Innosuisse und KTI heute nur Parlamentarier sind, die aus einem Metropolitanraum kommen. Da ist kein Ostschweizer drin. Daraus schliessen wir auf unserer Vermutung. Man sieht, dass sich in den Verwaltungsräten ein gewisses Marktzentrum entwickelt.

Gut-Buchs: Ich finde es wichtig, dass man das ganz kritisch weiterverfolgt. Und das soll Sie auch motivieren, für einen weiteren Metropolitanraum zu kämpfen.

Abschnitt 3.3.2 (Wirkungsziele)

Bartl-Widnau: Gibt es bei den Wirkungszielen eine Zusammenarbeit zwischen dem Startfeld und dem Innovationspark betreffend Gebäude? Wie sieht sie aus?

Regierungsrat Damann: Wir arbeiten mit dem Startfeld zusammen. Ich war schon mehrfach dort zu Besuch. Das Startfeld ist für uns eine Institution, die wir als gut und wichtig anschauen. Mit Blick auf einen Innovationspark bekommen, hatten wir bereits ein erstes Gespräch mit dem Besitzer der Gebäude. Das Startfeld entwickelt sich so gut, dass es sozusagen kaum Platz mehr hat. Er hat in der ganzen Liegenschaft nur noch etwa 3'000 Quadratmeter, ehemals Tagblatt. Aber das Potenzial ist riesengross. Der Eigentümer kann sicher noch etwa dreimal so viel bauen, wie er jetzt hat. Und er ist sofort bereit, falls die Nachfrage besteht, in Etappen noch weiter auszubauen mit Neubauten. Das hat er uns zugesichert.

Bärlocher-Eggersriet: Eine weitere Frage zu den Wirkungszielen, im Vergleich zum Vorjahr, was bedeuten 50 Kontakte pro Jahr im Bereich Innovation? Haben wir da Forschungsk Kooperationen? Die Wirkungsziele sind dreifach übertroffen worden. Warum setzt man wieder so tief an? Auch im begleiteten Netzwerk sind letztes Mal doppelt bis dreifach so viele Kontakte gewesen. Warum geht man wieder auf bescheidene Zielwerte? Was ist der Grund? Schliesslich geht es um eine der höchsten Summen, die gesprochen werden.

Regierungsrat Damann: Die Zielwerte sind schwierig zu definieren. Zu den Firmenkontakten: vermutlich habe ich als Regierungsrat schon pro Jahr 10 bis 20 Firmenkontakte. Im Übrigen kommt es immer darauf an, was man als Kontakt zählt. Ist es ein Firmenkontakt, wenn man mehrmals vorbeigehen muss, um ein Areal zu entwickeln usw. mit dieser Firma? Oder sind die Termine gemeint, an denen ich Lust habe, diese Firma zu sehen und Grüezi zu sagen.

Bärlocher-Eggersriet: Genau deshalb frage ich. Warum ist der Firmenkontakt im Bereich Innovation wirkungsmässig eine Zielgrösse, die man anstrebt? In der Bestandespflege fände ich es sinnvoller.

Regierungsrat Damann: Weil der Firmenkontakt Bedeutung hat. Der Hintergrund ist, damit Firmen auch im Innovationspark mitmachen. Daran müssen wir schon noch arbeiten. Monika Beck nickt, dann wird es so sein.

Bärlocher-Eggersriet: Vielleicht kann man es dann präzisieren und sagen, «50 Firmenkontakte, um diese für den Innovationspark zu begeistern». «Kontakt» ist ein wenig schwammig.

Abschnitt 3.4 (F3: Gründen)

Dobler-Oberuzwil: Für mich hat «Gründen» auch ein wenig mit Nachfolgeregelung zu tun. Alle, die so eine Haarfarbe haben wie ich, werden als Unternehmen in den nächsten 10 Jahren ausscheiden und ich habe das Gefühl, das ist ein riesen Problem. Nehmen Sie das auch so wahr? Was tun Sie?

Regierungsrat Damann: Nachfolgeregelung ist ein grosses Problem, das sind wir gerne bereit zu helfen. Aber wir können nicht über den ganzen Kanton hinweg fliegen und schauen, wer Nachfolgeregelungen nötig hat. Auf Wunsch können wir mit Sicherheit helfen, ebenso die IHK, der Gewerbeverband usw. Wenn wir behilflich sein können, dann ist das enorm wichtig, weil wir damit ansässige Firmen unterstützen.

Schorer-St.Gallen: Mir erscheint es noch wichtig, wenn man bei diesem Punkt auch die Verwaltungsprozesse und deren Beschleunigung überprüfen würde. Gerade die Jungunternehmer und die Gründer sind darauf angewiesen, dass sie sehr schnell gründen können. Bei uns sind die Prozesse zu lang, oft wegen Formalien (Beispiel ein «S» zu viel im Strassennahmen). Es braucht pragmatische Ansätze. Die Standortförderung sollte intern versuchen, die Innovation und die Aktivität anderen weiterzugeben.

Regierungsrat Damann: Ich wurde an der Messe gefragt, was da alles nicht so gut läuft. Es ist leider nicht in meinem Departement im Augenblick. Aber wir müssen da vielleicht einmal auf Regierungsratsebene miteinander sprechen, damit das besser läuft. Denn ich glaube persönlich, das ist ganz ein wichtiger Punkt, wenn wir gründen wollen. Es kann nicht sein, dass fast alle ins Ausserrhodische gehen zum Gründen, weil es einfach dort oben viel einfacher ist und schneller geht. Da müssen wir uns schon ganz fest bemühen. Im Augenblick ist es so, dass immer wieder gesagt wird, es gebe zu wenig Personal und wir müssten warten.

Schorer-St.Gallen: Ich höre persönlich viele Beispiele. Wenn eine Firma etwas ein wenig Spezielleres findet, oder wenn sie Fachkräfte einstellen will, muss das Verfahren etwas schneller gehen. Statt die Abläufe der Gemeinde zu überlassen, sollte man selber anrufen, damit es zuoberst auf den Stapel kommt. Ich glaube, es ist die Aufgabe von einer Standortförderung, auch verwaltungsintern und zwar übergreifend auch einmal ein wenig Druck zu machen, sozusagen als Wirtschaftsvertreter in der Verwaltung. Das verstehe ich unter Standortförderung.

Daniel Müller: Sie sprechen mir da aus dem Herzen und wir haben das im Vorfeld diskutiert. Die Dienstleistungsorientierung des Amtes für Wirtschaft, vor allem der Standortförderung, ist mir ein ganz wichtiges Anliegen. Ebenso, dass wir den Hut der Wirtschaft anhaben und helfen, diese Prozesse zu beschleunigen, auch interkantonal schauen, was wir machen können. Auch ich sehe die Schwierigkeiten, die zum Teil die Startup-Gründer haben. Diejenigen, die zu uns kommen, die werden auch entsprechend betreut, beraten und unterstützt. Dort helfen wir auch und dort gehen wir auch schauen, wie sie die Sachen machen können, und wir organisieren, dass sie da schneller durchkommen. Wir hatten auch schon das Beispiel einer NRP-Unterstützung. Wir lassen die Leute nicht völlig alleine, wenn sie versuchen, einen Antrag zu formulieren. Wir helfen ihnen dabei, unterstützen sie so, dass Projekte von Anfang an konform sind. Wir bieten bereits eine Beratung an, können aber wahrscheinlich noch besser werden. Das sollten wir draussen mehr präsent machen, damit es die Leute noch besser wahrnehmen.

Regierungsrat Damann: Unser Ziel ist also, schneller zu werden, als beim Sport.

Gildo Da Ros: Eine Bitte an Schorer-St.Gallen: Ich bin selber Stadtbewohner. Wenn ich persönlich ein privates Bauvorhaben habe, gibt es ja nichts Schlimmeres, als in der Stadtverwaltung. Ich bitte dich, auch wo du selber aktiv bist, zu schauen, dass man auf allen Stufen effizienter wird. Also, wir nehmen das sehr gerne entgegen. Wir sind die Wirtschaftsvertreter.

Schorer-St.Gallen: Das mache ich. Ich bin in der städtischen Bauverwaltung relativ unbeliebt.

Gut-Buchs: Ich möchte noch eine Lanze für die Standortförderung brechen, für die Anwesenden. Nach meiner Erfahrung, aus Sicht von einer Gemeinde, ist eine wirklich gute Unterstützung da für Firmen. Ich habe bis jetzt von den beiden Firmen, denen ich stark geholfen habe, nur Gutes gehört. Was ich ganz wichtig fände, wäre eine klare departementsübergreifende Hierarchie in der Verwaltung, wenn die Standortförderung die Federführung hätte und das AREG nachziehen müsste. Ich habe das jetzt so erfahren, aber ich höre immer wieder andere Fälle. Wenn es um eine konkrete Ansiedelung geht, müsste das AREG seine Prozesse der Geschwindigkeit und Priorisierung der Standortförderung anpassen können.

Abschnitt 3.8 (Standortförderung Allgemein)

Kommissionspräsident: Dazu habe ich selber noch eine Frage: Man hat es heute gehört, St.Gallen-Bodensee Tourismus ist ein Teil der Standortförderung, es gibt verschiedene andere Organisationen, die Standorte fördern, wie einzelne Gemeinden, Städte, Regionen. Wie geht man mit der Thematik um, dass die Standortförderung von der inneren Wahrnehmung mehr Wirkung im Ziel hinbringt und nicht jeder einfach etwas macht, meistens mit sehr bescheidenen Mitteln?

Regierungsrat Damann: Wir stellen uns zurzeit ja ein wenig neu auf. Wir haben einen neuen Abteilungsleiter, der Standortförderung macht. Daniel Müller ist seit dem 1. Februar 2018 bei uns. Und wir sind ziemlich am Reorganisieren. Eines unserer ganz grossen Ziele ist es, dass wir auch ein bisschen kennenlernen, was die anderen machen, damit wir nicht alle das Gleiche machen bzw. wild herumirren. Wir werden jetzt versuchen, dass man die Standortförderung besser oder gut wahrnimmt, nach aussen, aber auch mit den Bestehenden, also sei es auf der kommunalen Ebene, sei es auf der regionalen Ebene. Wir müssen mit denen irgendein Gefäss machen zum Austauschen.

Abschnitt 3.5.1 (F4: Immobilien, Handlungsbedarf)

Hartmann-Flawil: Ich habe ein **Rückkommen** zu Seite 33 «exklusiven Wohnstandorte». Wir haben heute mehrmals über Fachkräfte gesprochen. Ich denke, das sind die Mitarbeitenden, die ein relativ gutes Einkommen haben und Steuererträge generieren. Das ist ein wichtiges Zielpublikum, neben denen, die wir brauchen, damit unsere Wirtschaft tatsächlich auch produzieren kann. Fachkräfte können weiterentwickeln und Innovation machen. Aber, wenn die Standortförderung im Bereich Immobilien exklusive Wohnstandorte auflistet, dann ist das eine Marginalie. Denn rein ökonomisch gesehen sind die Bewohner von exklusiven Wohnstandorten nicht die Leute, die das Ressourcenpotenzial des Kantons St.Gallen so stärken werden, dass es Auswirkungen hat. Das Ressourcenpotenzial kann nur dann gestärkt werden, wenn wir gut ausgebildete Leute haben in guten Unternehmen, die gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Denn nur so können wir Fachkräfte wieder zurückholen von noch besser zahlenden Zürcher Standorten usw. Exklusive Wohnlagen sind m.E. strategisch nicht anzustreben. Es widerspricht übrigens auch dem neuen Raumplanungsgedanken, der Verdichtung, mit der man Qualitäten an einem vorhandenen Ort einbringen

will. Würde man den Ertrag pro Quadratmeter ausrechnen, ist der Ertrag pro Quadratmeter für die Stadt, die Gemeinden, den Kanton und den Bund im Gebiet, wo mehrere Wohnungen sind, eindeutig am höchsten. Also, wenn man das Ressourcenpotenzial erhöhen möchte, müsste man dort ansetzen. Ich bitte Sie das zur Kenntnis zu nehmen.

Regierungsrat Damann: Ja, das wird auch keine grosse Bedeutung haben. Aber wenn ein Leemann (Bierproduzent) kommt und anfragt im Kanton St.Gallen, könnten wir irgendwo wohnen, dann ist das natürlich ein bisschen schwierig, wenn wir nichts anzubieten haben. Wir haben im Kanton St.Gallen nicht viele solche Standorte. Wir sollten zusammen mit den Gemeinden die Standorte kennen. Wenn so einer kommt, bringt der uns natürlich enorm viele Steuergelder.

Schorer-St.Gallen: Bei den exklusiven Lagen sprechen wir nicht von einer riesigen grünen Wiese, sondern von einer Lage, die mitten in der Stadt ist. Das finde ich sehr passend. Das muss ja nicht in die Breite gebaut sein, mit vielen Quadratmetern. Es kann für mich durchaus auch eine exklusive Wohnsituation sein. So gesehen ist vielleicht «Lage» das falsche Wort. Grundsätzlich hat das für mich nichts mit Platzverschwendung zu tun, so wie Sie das sagen, Hartmann-Flawil.

Hartmann-Flawil: Ich bin sehr froh um diese Präzisierung. Wir haben im Kantonsrat schon über den Feldherrenhügel diskutiert.

Regierungsrat Damann: Es geht wie gesagt mehr darum, dass wir im Kanton wissen, wo hat es eine gute Lage, wenn eine Anfrage kommt. Aber wir wollen kein Land einzonen für so etwas.

Kommissionspräsident: Ich schlage vor, dass wir eine kurze Pause machen, damit sich Gian-Luca Bona bereit machen kann für die Präsentation, dann würden wir sein Referat hören, allfällige Fragen erläutern und diskutieren und anschliessend noch Abschnitt 4, Finanzierung, anschauen.

2.5 **Einschub:** Gastreferat Netzwerk ETH / Ostschweiz

Prof. Dr. Gian-Luca Bona, Direktor EMPA listet in seiner Präsentation auf, wie die Empa mit der ETH zusammenarbeitet (Präsentation Bona, Folien 1-19). Die Folien sind selbsterklärend. Ins Protokoll aufgenommen werden nur die zusätzlichen Informationen mit St.Galler Bezug.

(Folie 2, Unsere Mission) Es geht heute viel mehr darum, Innovationen anzustossen, und weniger darum, Materialien zu prüfen.

(Folie 3, Empa in Zahlen) «Die Empa hat drei Standorte (Dübendorf, St.Gallen, Thun) mit rund 1000 Mitarbeitenden, davon rund 230 in St.Gallen).

(Folie 4, Forschungsschwerpunkte der Empa) Die Nanostrukturierten Materialien sind in St.Gallen vor allem von Bedeutung für die Textilindustrie. Ein wichtiger Schwerpunkt ist Gesundheit und Leistungsfähigkeit. 40 Prozent der Forschung haben mit Energie zu tun. Alle Bereiche sollen miteinander verknüpft werden

(Folie 5, Themenfelder in St.Gallen) Das Gelände des «Startfeld» liegt gleich neben der Empa St.Gallen. Das erlaubt, viele Startup in der nahen Umgebung zu fördern.

(Folie 6, Empa - the place where innovation starts) Aus der Exzellenz in der Wissenschaft sollen Kooperationen und Partnerschaften gesucht werden, um dann Innovationen für den Markt zu generieren. Der geplante Innovationspark würde diese Wertkette noch verstärkt ermöglichen.

(Folie 11, Innovationspark Ostschweiz - vier mögliche Themengebiete) Materialien, Leben, Präzisionstechnologien, IT (Digitalisierung und Vernetzung der Technologien).

(Folie 19, Mögliche Themengebiete für einen Innovationspark Ostschweiz) Die Empa unterstützt das Vorhaben, dass die Ostschweiz einen Innovationspark erhält. Ich bin Mitglied der Stiftung Innovationspark Zürich und helfe gerne mit, den Innovationspark Ostschweiz zu verwirklichen. Die Frage ist, ob man einen eigenständigen Innovationspark machen, oder sich dem Innovationspark Zürich assoziieren soll? Zudem stellt sich die Frage nach der Trägerschaft. Braucht es eine breite Trägerschaft von Industrie, Akademie und Politik?

2.6 **Einschub:** Fragen zum Netzwerk ETH / Ostschweiz:

Hartmann-Flawil: Besten Dank für diese Ausführungen. M.E. ist das Potenzial der Empa zusammen mit Industriepartnern gross. Das ist von grosser Bedeutung für einen Innovationspark Ostschweiz. Aus meiner Sicht ist es nicht der richtige Weg, ein Satellit von Zürich zu sein. Ich denke, es ist von Bedeutung, dass wir unsere eigene Sicht einbringen, auch mit Blick auf die Stärkung der hiesigen Wirtschaft. Es ist wichtig, dass wir unsere Stärken aus unserer Sicht und unserer Zusammensetzung priorisieren können. Das hat den Vorteil, dass die Industrie im ganzen Prozess in der Verantwortung ist und bleibt. Zur Trägerschaft haben wir die gleiche Meinung. Es braucht eine eigene Trägerschaft. Bei den ersten beiden Eingaben hat sich gezeigt, dass die Verankerung der Trägerschaft nicht gut genug war. Ein wichtiges Ziel ist, dass die Basis nun mit der Wirtschaft zusammen die Trägerschaft erarbeitet, um das Projekt eingeben zu können. Auch seitens des Bundes gibt es Aussagen, dass wir in diesem Projekt einen eigenständigen Innovationspark beantragen sollen. Ich finde es sinnvoll, wenn wir diesen Weg so weiterverfolgen.

Gian-Luca Bona: Dies unterstütze ich gerne, denn die Ostschweiz hat eine so breite Ausstrahlung und Stärke. Ich wurde beauftragt, mitzuteilen, dass die Zürcher offen sind. Die Innerschweiz hat sich entschieden, ein Satellit zu sein, ebenso das Tessin und das Bündnerland. In meinen Augen gäbe es hier durchaus Potenzial.

Dürr-Gams: Herr Bona hat gesagt, dass wir zweimal gescheitert sind mit diesem Projekt. Hat man denn analysiert weshalb? Es wäre jetzt schön, wenn es beim dritten Anlauf klappen würde.

Gian-Luca Bona: Auf jeden Fall. Ich habe festgestellt, dass man zu stark versucht hatte, einen Forschungsstandort hervor zu streichen und keine klare Unterstützung der Stakeholder aus der Industrie eingefordert hatte. Beim zweiten Mal war «Würth» aus Rorschach dabei (Schrauben), doch dies allein genügt nicht. Die Industrie muss überzeugt zu bestimmten Pfeilern beitragen wollen und auch bekennen, dass sie etwas beitragen will, weil es ihr einen längerfristigen Mehrwert gibt. Ich weiss aber auch, dass dies sehr schwierig ist. Andernorts gab es Grossfirmen wie ABB, oder Alstom, die ihre geballte Kraft eingesetzt haben. Dies gelang in der Ostschweiz nicht. Es

geht jetzt eigentlich darum, dass man durchaus unterschiedlichen Firmen zusammenbringt, und diese entscheiden, etwas gemeinsam kreieren wollen. Dies habe ich als starken Kritikpunkt mitbekommen. Der Vorschlag war zu generisch, also ganz klar, diese Leute stehen hinter dem Projekt. Ich habe mit Thomas Bieger, Rektor der Universität St.Gallen, gesprochen. Von akademischer Seite haben wir uns gut einbringen können, aber ein Innovationspark ist nicht einfach ein weiterer akademischer Forschungsstandort, sondern ein Ort, an dem die Umsetzung erfolgt. In der Schweiz will man ja keine Industriepolitik machen, doch der Wille für einen Innovationspark muss von der Basis kommen, die Industrie muss auch wollen. Das ist auch richtig. Es gibt in der Ostschweiz z.B. Bühler, Huber & Suhner, Hilty. Ich bin mir aber auch bewusst, dass es in der Ostschweiz etwas schwierig ist, derartige Firmen unter einen Hut zu bringen, weil die lokalen Gegebenheiten mitspielen. Wir müssen schon sehen, dass auch wir heute in einem kompetitiven globalen Wettbewerb stehen. Insbesondere die High-Tech-Firmen sind mit 90 - 99 Prozent mit ihren Produkten international unterwegs. Genau hier möchten wir die guten Arbeitsplätze weiterentwickeln, um einen Mehrwert zu generieren. Ganz egoistisch gesagt: wenn gute Steuerzahler vorhanden sind, dann gibt das mehr Geld für die Forschung, womit sich dann das Rad weiterdreht.

Schorer-St.Gallen: Ich habe eine Frage zum konkreten Thema. Bei anderen Innovationsstandorten werden von mir aus gesehen genaue Forschungsthemen genommen. Ob sie am Schluss genau das machen, ist ein anderes Thema. Hier sind nun verschiedene Themen aufgelistet. Du hast am Anfang grundsätzlich von den MedTech-Themen gesprochen. Auf welches Thema würden dann diese am ehesten gehen?

Gian-Luca Bona: Es kann durchaus eine Reihe von Themen geben. Das ist schon in Ordnung, doch sollten diese Themen wohl definiert sein und hinter jedem dieser Themen sollten ein paar Firmen stehen, die sagen: ja, dazu stehen wir. Bei den MedTech-Themen, die mehr aus der Empa hervorgehen, haben wir Round-Tables gemacht und haben dafür verschiedene Firmen gewonnen. Daneben gibt es noch das IT-Rocks, aus dessen Netzwerk man die Digitalisierung für die anderen Themen nehmen könnte. Des Weiteren gibt es die starke Präsenz in der Maschinen- und Präzisionsindustrie in der Ostschweiz. Ich glaube, hier könnte man gute Firmen gewinnen. Diese müssten sich hinter das Projekt stellen, sich darin finden und dazu beitragen wollen.

Schorer-St.Gallen: Wie schätzt du es ein, statt mehrere Themen anzuschauen, zu sagen: Okay, die MedTech-Firmen haben jetzt mehr Unterstützung. Wir möchten jetzt möglichst schnell mit diesem Thema vorankommen?

Gian-Luca Bona: Man darf mehrere Themen haben. Ich habe hier vier vorgeschlagen, von denen ich das Gefühl habe, dass sie eine gute Partnerschaft bilden würden, mit der Möglichkeit, auszubauen. Man kann diese reduzieren, aber erweitern würde ich sie nicht. Man könnte noch viel generischer sein, aber dann besteht die Gefahr der Verwässerung. Wichtig ist, dass hinter diesen Firmen ein CEO oder VRP steht, der sagt: hier tragen wir dazu bei. Im Moment bin ich recht zursich, wenn ich sehe, welche breite Trägerschaft sich jetzt im Startfeld abbildet, um daraus etwas weiter zu entwickeln. Hier besteht bereits etwas, worauf man aufbauen kann. Wenn uns dies gelingt, dann kriegen wir einen guten «Case» hin.

Schorer-St.Gallen: Dann müsste das Startfeld mit dabei sein?

Gian-Luca Bona: Das ist das, was ich bevorzuge, weil ich die Nähe zu existierenden Möglichkeiten sehe. Wir haben dort insgesamt 40'000 m² - 5'000 davon sind momentan am Laufen -, was eine einmalige Sache ist. Mit Blick auf Zürich bekomme ich ein ziemlich trauriges Bild. Ich sehe hier, dass 35 ha versprochen wurden, aber das VBS sagt, dass es mit seinen PC 7 noch durchführen müsse und vor dem Jahr 2021 bekommt ihr nichts. Jetzt steht die Halle 4 - 6'000 m² -, aber unter Denkmalschutz. Das klingt nicht sehr innovativ. Das bedauere ich. Die Voraussetzungen in St.Gallen sind sehr gut, aber es wäre wichtig, dass man sich dann auch hinter einen Standort stellt und nicht sagt: ja, das ist gut, aber ich möchte noch etwas in Buchs oder Rapperswil oder St.Fiden. So wird die Sache scheitern. Man muss einstimmig hinter einem Entscheid stehen. Man kann sich zwar vorher streiten, aber beim Gang nach Bern müssen alle hinter dem Entscheid stehen. Am besten wäre überkantonal. Ich glaube, die Appenzeller würden mitmachen, ebenso Liechtenstein, und wenn der Thurgau auch dabei wäre, wäre es schön. Hier gibt es nämlich starke Firmen.

Gut-Buchs: Vielen Dank für das mutmachende Referat. Ich sehe, dass man auf gutem Wege ist. Mich würde noch die Rolle der Fachhochschulen interessieren. Ich bin von Buchs und ich würde den Standort St.Gallen hundertprozentig unterstützen. Momentan läuft ein Prozess an den Fachhochschulen, der ziemlich viel an geistigen Kräften absorbiert. Ist dieser vielleicht eher hinderlich? Oder spielt dies keine Rolle? Kann man über dieser Sache stehen?

Gian-Luca Bona: Das Positive an den Fachhochschulen ist, dass sie unmittelbaren Zugang zu den KMU haben, viel mehr als ein ETH-Institut, bei dem immer eine gewisse Hemmung besteht. Diese Voraussetzung muss genutzt werden, denn z.B. ein MTB ist schon traditionellerweise verbunden. Hier besteht eine grosse Chance. Je schneller jetzt der politische Prozess abgeschlossen und eine gemeinsame Strategie gebildet werden kann, umso besser. So wirkt die Sache überzeugender. Ich kann nur raten, so rasch als möglich, einheitlich aufzutreten.

Egger-Berneck: Sie haben gesagt, das Bündnerland habe sich entschieden, ein Satellit von Zürich zu werden. Ist das schon beschlossen? Oder gäbe es noch die Möglichkeit, nachher allenfalls etwas mit dem Bündnerland zu entwickeln? Wir haben ja gerade im Fachhochschulbereich Erfahrungen, worin ich Synergien sehen würde.

Gian-Luca Bona: Ich würde dies ganz toll finden. Ich habe mit Herrn Arpagaus, der sich in Chur für den Standort eines Techno-Parks - hier geht es nur um Startups - stark macht, das Thema angesprochen. Ich habe immer gesagt, das Beste wäre, wenn in der Ostschweiz das Bündnerland, St.Gallen und Thurgau die Achse schliessen und einheitlich auftreten würden. Ich glaube, die Türen sind nicht zu. Am WEF haben Zürich und Graubünden einen Abend veranstaltet, wobei ich die Gelegenheit bekam, mit mehreren Regierungsräten zu sprechen und ein Wort für die Sache einzulegen. Gehört haben sie mich, ob es allerdings bis in ihr Herz ging, weiss ich nicht. Ich hoffe einfach. Ihr müsst auf diese zugehen. Ich will damit sagen, dass die Sache nicht vom Tisch ist, es finden momentan Gespräche statt, aber das Thema ist noch offen.

Hartmann-Flawil: Ich habe eine Frage zum zeitlichen Ablauf. Diese relativiert vielleicht ein bisschen die weitere Verknüpfung. Dass man diese nachher mit dem Thurgau und Graubünden sucht, ist ganz wichtig. Ich gehe davon aus, dass jetzt ein zeitlicher Druck besteht. Deshalb geht die Frage auch ans Departement, bis zu welchem Zeitpunkt das Dossier eingabebereit ist.

Regierungsrat Damann: Wir haben hier ein ziemlich sportliches Ziel. Wir möchten dieses Dossier, wenn immer möglich, im nächsten Jahr einreichen.

Hartmann-Flawil: Das würde heissen, dass es bis Ende dieses Jahres eingabebereit ist. Ich habe diese Frage schon in der Subkommission VD der Finanzkommission gestellt.

Regierungsrat Damann: Ich möchte hier noch etwas sagen, was aber noch nicht sicher ist, wie es läuft. Die ganze Eingabe hat sich erneuert. Es gibt jetzt einen aus Wissenschaftlern bestehenden Rat, der schaut, ob das Dossier genügend ist. Dann kommt es in den Stiftungsrat. Wir haben mit dem Geschäftsführer des Stiftungsrates und von Switzerland Innovation, Raimond Cron, gesprochen. Er meinte, vielleicht wäre es noch ein gutes Beispiel, wenn man bei uns einmal testen würde. Dieser Rat müsste zum ersten Mal ein derartiges Gesuch beurteilen. In diesem Sinn wären wir allenfalls ein Testlauf, bei dem vor der definitiven Eingabe vorgetestet würde. Dann würde es einfach ein bisschen länger dauern, aber dies könnte für uns auch eine Chance sein. Insgesamt wollen wir jedoch zügig vorwärts machen. Das erste Projekt mit der Empa ist abgeschlossen. Das zweite aufgelegte Projekt wäre nun die Eingabe. Hier braucht es Verschiedenes. Gemäss Herr Cron müssen wir die Wirtschaft einbinden. Wir hatten zwei Round-Tables, worauf das Echo sehr positiv war. Wir wissen aber auch, dass Mitmachen zumeist noch positiv ist, aber wenn es ums Zahlen geht, ist die Positivität schon deutlich geringer. Dennoch sind wir sehr züchtig, denn die Gespräche wurden intensiviert. So wie das Projekt jetzt aussieht, wollen wir drei Unterprojekte machen. Eines davon würde von der Industrie geführt. Dazu haben wir bereits ein Gespräch mit einem CEO einer wichtigen Firma geführt. Dieser hat seine aktive Mitarbeit signalisiert.

Daniel Müller: Ich möchte noch nach der Chance eines Satelliten fragen. Gibt es die? Für die Standortförderung besteht immer das Problem aus der Promotionssicht. Wenn jemand nach Zürich kommt, verkauft Zürich die Technologie oder den Schwerpunkt als Satellit von dort. Oder gibt es irgendeinen positiven Effekt, weshalb man dieses Satellitenmodell angedacht hat?

Gian-Luca Bona: Ich glaube, ein positiver Effekt kann eine internationale Ausstrahlung sein. Der Satellitengedanke ist explizit auch in der schweizerischen Stiftung vorgesehen. Für das Qualitätsmanagement ist dann jener Standort verantwortlich, zu dem man assoziiert ist, sprich in diesem Fall Zürich. Dass sich Zürich bisher mit dem Ganzen immer sehr geziert hat, liegt daran, dass man eine schlanke Stiftung mit René Kalt und zwei Sekretärinnen sein wollte. Folglich könnte man dies ja gar nicht machen. Schon deshalb hat man gezögert. Aus meiner Sicht kann es positiv sein, dass man in diesem Fahrwasser eine grössere Stärke entwickeln kann, eine Ausstrahlung aufbauen kann, die darüber hinaus geht. Ich sehe einen Innovationspark auch als «Attraktor» für internationale Firmen, um in die Schweiz zu ziehen. Die Globalisierung findet in beide Richtungen statt. Das kann so gesehen durchaus auch positiv sein.

Monika Beck: Verstehe ich das richtig, dass nur die Standortträger in der Stiftung sind?

Gian-Luca Bona: Es gibt eine schweizerische Stiftung mit einem Stiftungsrat. Dies ist für mich ein eigenartiges Konglomerat. Das sind geografische Vertretungen, aber auch der ETH-Präsident, der ETH-Ratspräsident, Westschweiz, Ostschweiz. Ich weiss, dass die Deutschschweizer-Vertreter einem Ostschweizer-Standort sehr wohlwollend gegenüberstehen, weil sie das Gefühl haben, dass viel zu viel in der Westschweiz angesiedelt ist. Ob es eine Klausel gibt, dass kein Ostschweizer Einsitz nehmen kann, weiss ich nicht. Die Leute werden ad personam gewählt. Z.B.

sieht sich der Vertreter von Swiss Life als der eines globalen, schweizweiten Konzerns und nicht als einer des Standorts Zürich.

Monika Beck: Das stimmt. Aber können die Standortträger Berufungen erteilen? Die assoziierten Standorte können das nach meinem Kenntnisstand nicht.

Gian-Luca Bona: Berufen nicht, aber vorschlagen. Nein, es würde dann natürlich über Zürich laufen oder über den Ort, dem man zugeteilt ist.

Hartmann-Flawil: Ich möchte gern noch nachhaken bezüglich der Vorgehensweise. Man muss halt auch sagen, dass die Bestrebungen auf ein gemeinsam überwiesenes Postulat zurückgehen. Es ist ein Auftrag aller Fraktionen an die Regierung, dass man den Netzwerkstandort nun so aufbereitet, dass man ihn beim dritten Mal erfolgsversprechend einreichen kann. Mir wäre es wichtig zu wissen, wer verantwortlich für die Federführung des Projektes ist. Ist das der Kanton? Kann man sagen, dass der Kanton verantwortlich ist? Sind die Verantwortlichen personell gut bestückt, sodass man einigermaßen sicher davon ausgehen kann, dass es bis Ende Jahr soweit auf- und vorbereitet ist? Es gibt immer mal Unwägbarkeiten, wenn z.B. irgendjemand abspringt. Aber mir fehlt eine klare Aussage seitens des Departements und des Amtes, dass man hier auf dem richtigen Weg ist und das Ziel bis Ende Jahr erreichen kann. Es scheint mir unabdingbar zu sein, dass man jetzt Nägel mit Köpfen macht. Das Zeitfenster schliesst sich irgendwann. Wenn man wieder ein Jahr verlieren würde, wäre das nicht gut. Darum die konkrete Frage: Sind die personellen Ressourcen vorhanden, um dieses Ziel erreichen zu können?

Regierungsrat Damann: Ich habe den Innovationspark als eines meiner Hauptziele für meine vierjährige Amtsdauer gesetzt. Für mich ist es klar, dass nach diesen vier Jahren der Innovationspark stehen muss. Wir haben die Ressourcen und werden Aufgaben auch Externen übergeben. Die nötigen Gelder dafür sind vorhanden. Wir sind wirklich mit Volldampf daran. Nur schon einen Termin mit den CEO zu finden ist alles andere als einfach. Ich sage jetzt nicht, dass die Eingabe bis Ende dieses Jahres mit Sicherheit fertig ist. Es kann sein, dass wir die Zeit vielleicht bis zum Frühling des nächsten Jahres benötigen. Das Ziel ist aber, dass wir es nächstes Jahr einreichen können.

Egger-Berneck: Ich weiss nicht, ob das hier richtig platziert ist: Gibt es die Möglichkeit, dass wir zwischeninformiert werden?

Regierungsrat Damann: Nein, bitte hören Sie auf mit diesen Zwischeninformationen. Das ist ein ganz ein heikles Thema. Wir müssen hier zum Teil im stillen Kämmerlein arbeiten, müssen teilweise Firmen zusammenbringen und dafür besorgt sein, dass die Firmen sich untereinander austauschen. Darum bin ich damit auch noch nie an die Presse gelangt. Wir wollen dies wirklich so weit bringen, dass wir am Schluss etwas haben, was wir eingeben können und das wir damit etwas erreichen. Eine falsche Bewegung kann das ganze Gerüst ins Wanken bringen. Dass wir nochmals einen Bericht machen ist wirklich überflüssig. Sie werden früh genug informiert. Wenn es dann nicht gelingen sollte, dann kommen Sie auf mich zu. Ich halte den Kopf dann schon hin.

Hartmann-Flawil: Darum dränge ich darauf, dass wir vom Departement eine klare Aussage erhalten, dass das mit aller Macht angegangen wird. Ich bin froh um Ihre Intervention. Ich persönlich finde, wenn man es nächstes Jahr einreicht, dann ist das für mich eigentlich auch zu weich. Ich hätte eigentlich gerne eine relativ klare Aussage. Es ist klar, die Finanzkommission wird sicherlich

wieder nachfragen. Aber das ist eigentlich nicht der richtige Weg. Ich glaube das Departement muss die Erwartungen des Kantonsrates zur Kenntnis nehmen. Wir wollen, dass es in nützlicher Frist so eingereicht wird, damit wir dies auch tatsächlich durchsetzen können. Ich bin froh, dass wir das so gehört haben. Aber ich finde, dass dies innert nützlicher Frist sein soll. Das heisst also per Ende Jahr.

Kommissionspräsident: Ich glaube, die Klarheit hat Regierungsrat Bruno Damann geäussert, ohne eine bestimmte Zeit. Das ist noch etwas vage, aber über eine Grössenordnung wurden wir informiert. Herr Bona hat dies ebenfalls so gehört und nicht in Abrede gestellt, dass dies ein völlig falscher Prozess wäre. So werden wir es protokollieren. Damit haben wir eine klare Aussage, was der Wunsch der Kommission ist.

Gian-Luca Bona: Ich habe mich mit dem ETH-Ratspräsidenten Fritz Schiesser zu einem Meeting getroffen, er unterstützt dies. Auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann unterstützt dies. Das ist auch der Grund, warum wir zügig vorwärts machen möchten. Mir ist aber ganz wichtig, dass wir die Unterstützung der CEO's und der Industriellen haben. Und wenn wir diese nicht klar haben, dann werden wir wieder scheitern. Darum ist für mich ein Monat mehr oder weniger nicht das Wichtigste. Ich hätte am liebsten einen Herrn Scheiber der Bühler Gruppe, Hilti und vielleicht die Huber&Suhner AG, die sagen: Wir wären bereit dazu beizutragen. Das sind Leute, die schweizweit bekannt sind und eine gewisse Ausstrahlung haben. Das überzeugt anschliessend ein solches Gremium. Ich bin schon auch bekannt, aber das überzeugt niemanden. Die Empa ist ein Teil des ETH-Bereichs. Wir müssen die Unternehmer haben. Ich freue mich und weiss, dass die Politik dahintersteht. Ich garantiere Ihnen: Die Universität St.Gallen und die Fachhochschulen stehen ebenfalls dahinter. Aber wenn wir die Unternehmer nicht voll und ganz und klar dabei haben, das ist eine wirklich sehr heikle Sache, dann werden wir nicht erfolgreich sein. Die Unternehmer spielen ja auch international. Das ist ja die delikate Situation. Ich verstehe wirklich wieso Regierungsrat Bruno Damann sagt, Sie sollten ihn arbeiten lassen und dann schaffen sie das.

Kommissionspräsident: Ich glaube, das Wichtigste aus der heutigen Sitzung, nebst den Voten, ist die Bekräftigung seitens Politik. Es hat sich keiner, egal von welcher Partei, negativ oder kritisch geäussert. Es haben alle die gleiche Vision vor sich, die hoffentlich schon bald keine Vision mehr ist. Die Wirtschaft haben wir ebenfalls gehört. Die IHK hat vor ein paar Jahren eine visionäre Geschichte zu diesem Thema gebracht. Die Leute haben dannzumal etwas darüber geschmunzelt. So Sachen braucht es aber um schlussendlich das Produkt, das wir wollen, zu erzielen.

Regierungsrat Damann: Die IHK ist in diesem Projekt eng mit uns in Zusammenarbeit. Wir sind breit abgestützt. Wie Herr Bona gesagt hat: Jetzt müssen wir arbeiten, zum Teil etwas im stillen Kämmerlein. Dass ich kein Datum genannt habe, hat einen Grund: Wenn ich jetzt sage, auf 31.12. sind wir fertig, und dies ist dann aber erst am 31.01. der Fall, dann haben wir allenfalls schon Vorstösse, wieso wir noch nicht bereit sind. Es kann einfach immer wieder etwas dazwischenkommen. Wenn ich etwas in der Politik gelernt habe, dann ist es, ein Datum nicht schon jetzt zu fixieren. Wir sind uns einfach noch zu wenig sicher. Aber ich versichere Ihnen, dass wir mit Volldampf an der Sache sind. Wir erhalten Unterstützung von der Empa, die ebenfalls mit Volldampf dabei ist. Wir stecken auch seitens Personal viel Power in die Sache.

*Der Kommissionspräsident verdankt und verabschiedet Gian-Luca Bona. **Die Spezialdiskussion wird fortgesetzt.***

Abschnitt 4.3 (Finanzierung, Weitere Finanzmittel)

Bartl-Widnau: Werden die Kosten noch aufgeschlüsselt?

Regierungsrat Damann: Das sind zusätzliche Kosten. Die 1,9 Millionen beinhalten Personal, Büro, Telefon, Kopien, etc. Es gibt keine weitere Aufschlüsselung. Das ist in der laufenden Rechnung.

5.2 Beratung Beschluss

Die Spezialdiskussion wird nicht benützt. Titel und Ingress sind unbestritten.

5.3 Aufträge

Es werden keine Aufträge nach Art. 95 GeschKR gestellt.

5.4 Rückkommen

Ein Rückkommen wird nicht verlangt.

6 Gesamtabstimmung

Kommissionspräsident: Ich stelle fest, dass die Botschaft und der Entwurf der Regierung durchberaten sind. Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2019 bis 2022» beantragen möchte, der bezeuge dies mit Handerheben.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 14:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 1 Abwesenheit, dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.
--

7 Abschluss der Sitzung

7.1 Bestimmung der Berichterstatterin/des Berichterstatters

Der Kommissionspräsident stellt sich als Berichterstatter zur Verfügung. Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

7.2 Medienorientierung

Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Präsidenten und die Geschäftsführerin, eine Medienmitteilung zu veröffentlichen und kurz über das Ergebnis der Beratung, insbesondere zu den Themen Tourismus, Metropolitanraum und Innovationspark zu informieren. Die Geschäftsführerin wird gebeten, den Entwurf den Fraktionssprechern zuzustellen.

7.3 Verschiedenes

Der *Kommissionspräsident* bedankt sich für die Aufbereitung der Unterlagen für die heutige Sitzung, die aktive Mitarbeit aller Beteiligten und auch dafür, dass die IHK Räume, Catering und Personalsupport kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Die Sitzung wird um 17.00 Uhr geschlossen.

St.Gallen, 31. Mai 2018

Der Kommissionspräsident:



Michael Götte
Mitglied des Kantonsrates

Die Geschäftsführerin:



Gerda Göbel-Keller
Parlamentsdienste

Beilagen

Die Sitzungsunterlagen (Einladung, Protokoll, Beilagen) sind im geschützten Bereich des Ratsinformationssystems (Extranet)⁵ zu finden.

Zur Einladung

1. 28.18.01 «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2019 bis 2022» (Botschaft und Entwurf der Regierung vom 13. März 2018);
2. Standortförderungsgesetz (sGS 573.0);
3. Standortförderungsprogramm 2015-2018 (Vgl. <https://www.ratsinfo.sg.ch/home.html> , Geschäft 28.14.01); Parlamentarischer Aufträge «Metropolitanraum» und «Optimierung der Tourismusstrukturen» (28.14.01);
5. Auszug aus dem Richtplan: S22 «strategische Arbeitsplatzstandorte»;
6. Auszug aus dem Richtplan: S23 «Wirtschaftliche Schwerpunktgebiete».

Während Sitzung verteilt

7. Präsentation Regierungsrat Damann zu Traktandum 2.1.
8. Präsentation Thomas Kirchofer, St.Gallen Bodensee Tourismus, zu Traktandum 2.5
9. Präsentation Regierungsrat Damann zu Traktandum 3

Zum Protokoll

10. IHK-Research Zoom vom 14.03.2018, Dr. Frank Bodmer, «Dienstleistungen stützen Ostschweizer Wachstum»
11. Jahresbericht Ostschweiz Tourismus 2017
12. Mail-Ergänzungen VD vom 22.05.2018
13. Programmkredit, Massnahmen der Förderschwerpunkte (Beispiele, nicht abschliessend)
14. Präsentation Dr. Gian-Luca Bona, Empa zu Traktandum 2.5: «Technologien und Innovationen für die Zukunft, Verankerung der Forschungs- und Technologiethemas des ETH-Bereichs in der Ostschweiz»
15. **Medienmitteilung vom (wird nachgereicht)**

Geht per A-Post und Mail (mit Beilagen) an

- Kommissionsmitglieder (15)
- Geschäftsführung der Kommission (2)
- Volkswirtschaftsdepartement (GS: 4)

Geht (ohne Beilagen) an

- Fraktionspräsidenten (4)
- Parlamentsdienste (L PARLD / GSMat / re)

⁵ <https://www.ratsinfo.sg.ch/home/login.html>